

Berliner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4474) vierzehntäglich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Versandgeb.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schönlau.

Inserate werden die besetzte Zeitseite oder deren Name mit 20 Pf. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. — Schweriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Berliner Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftsjahr 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Berlin.

Bon der englischen Fabrikinspektion.

* Leipzig, 18. April.

Das Jahr 1833 ist das Geburtsjahr der englischen Fabrikinspektion. Jahrzehnte schon, mit dem Aufstiege des Kapitalismus und seiner barbarischen Ausbeutung der Kinderarbeit, war darum gekämpft worden. Die englischen Unternehmer setzten sich mit allen Mitteln zur Wehr, die Schnüre über die Verwendung von Kindern (1812, 1825, 1829 und 1831) blieben ein toter Buchstabe, die Versklavung und Entartung der Proletarierkinder griff reihig um sich. Man lese nur die Schilderungen im ersten Bande des Kapitals!

Das Parlament sah sich 1833 genötigt, dem Druck der öffentlichen Meinung nachgebend, unter dem Einfluß der damals industriefeindlichen Tories (konervative Großgrundbesitzerpartei) durch ein Gesetz die Ernennung von vier staatlichen Inspektoren mit einem Gehalt von je 1000 Pf. (20000 M.) anzubringen. Die von der Regierung zu wählenden Beamten unterstanden dem Staatssekretär des Innern (Home Secretary), der befugt war, dem Inspector auf Ansuchen örtliche Unterbeamte zur Unterstützung beizugeben und sie nach Gußlinien zu bestellen. Als drittes Glied des Aufsichtstabes erschienen die Gewerbeärzte (die certifying surgeons), die zwar das Gesetz von 1833 noch nicht vorhah, die aber angestellt werden mußten, um das Alter der jugendlichen Arbeiter zu konstatieren und die vorbeschriebenen Tauglichkeitszeugnisse auszustellen.

Schon 1833 wurden die Aufsichts- und die richterlichen Befugnisse der Inspektoren festgelegt. Sie durften die Arbeitsräume zu jeder Tages- und Nachtzeit betreten und alle dort befindlichen Personen unter ihrem Eid vernehmen, bei Androhung einer Strafe von 10 Pf. (200 M.) im Falle der Weigerung. Die Inspektoren, sagt Helene Simon in einer vorzülichen Arbeit über die Entwicklung und gegenwärtige Organisation der englischen Fabrikinspektion (in Schmollers Jahrbuch), konnten Kläger, Zeugen und Richter zugleich sein und besaßen in Bezug auf die Fabrikgesetzgebung eine mit den Friedensrichtern konkurrierende Gewalt. Sie konnten polizeiliche Überprüfung einer richterlichen Sitzung und die Verhaftung eines Raumes für dieselbe, sowie Herbeischaffung von zu verhörenden Personen in- und außerhalb der Fabrik verlangen. Ausführungsbestimmungen, die der Inspector für erforderlich hält, mußten den Unternehmern 14 Tage vorher mitgeteilt oder in den Zeitungen der Umgegend veröffentlicht werden. Außerdem hatte der Kläger zu Verklagenden innerhalb von 14 Tagen nach dem Verstoß schriftlich über seine Absicht zu unterrichten. Auf direkte Überführung konnten Inspector oder Richter auch ohne Verhör verurteilen; zur Vornahme des Verhörs genügte ein Inspector oder Friedensrichter. Die Geldstrafen konnten zwangsweise eingetrieben werden und fielen zur Hälfte den Klägern, zur Hälfte Schulen für Fabrikarbeiter zu.

Im wesentlichen enthalten die angegebenen Bestimmungen des Gesetzes von 1833 schon die Grundzüge der heutigen Ge-

werkinstanzion. Einer der springenden Punkte, der die englische Inspektion von der deutschen Gewerbeaufsicht unterscheidet, das Recht der Inspektoren, bei Gesetzesumgehungen Strafverfolgungen selbständig zu führen, ist schon damals prinzipiell anerkannt; nur schätzbar größeren Machtsbezügen ihre bestimmte, unangreifbare verwaltungstechnische Fixierung. Unabhängigkeit von der jeweiligen Regierung und die Ordnung der Zuständigkeitsverhältnisse zwischen Home Secretary und Fabrikinspektion einerseits, zwischen Inspector und Unterinspektor andererseits. Bei jeder wichtigen Anordnung hatte der Inspector zunächst die Zustimmung des Home Secretary einzuholen, die unter der fabrikantenfreundlichen Reformregierung der 30er Jahre in den meisten Fällen nur durch den Druck der öffentlichen Meinung zu erlangen war. Auch beeinflußte die Stellungnahme der Regierung zeitweise einzelne Inspektoren.

Doch die Fabrikinspektoren thaten zum größeren Teil ihre Pflicht, ihre Berichte waren die beste Agitation für Reformen. Der Name Leonard Horner, des tapferen Fabrikinspectors, ist in die Geschichte der Fabrikgesetze mit goldenen Buchstaben eingetragen. Das Gesetz von 1844, das die weiblichen Arbeiter unter die geschützten Arbeiter einrichtete, ist zum großen Teil auf die Mitteilungen der Inspektoren zurückzuführen. Damals erhielten die Inspektoren ein zugleich als Archiv dienendes Arbeitsamt in London. Die früheren Unterbeamten erhielten jetzt hinsichtlich der Revisionstätigkeit die gleichen Befugnisse wie die Inspektoren. Die Strafbestimmungen wurden verschärft und erweitert; der Inspector konnte das Recht der Vorladung vor Gericht zuerkennen. Die Gewerbeärzte werden gesetzlich in die Aufsichtsbehörde eingegliedert, die Schuldüberführung wird erleichtert, die Strafen werden erhöht.

Das Jahr 1850 bringt, wohl zum großen Teil infolge des energischen Protestes der Inspektoren, daß sie gegenüber den Mängeln des Gesetzes machtlos seien, den Normalarbeitstag in den Textilfabriken. Die Arbeitszeit wurde zwischen 6 Uhr morgens und 6 Uhr abends mit 1½ stündigen Mahlzeiten gelegt. Die Inspektoren kontrollierten energisch, um die Voreile der Fabrikanten, an der Arbeitszeit zu knabbern, zu vereiteln. Und das Unternehmertum führte 1853 bis 1856 einen heißen Kampf gegen die Inspektoren, gegen die sie „eine förmliche Hege organisierten“. Man sieht, daß unsere deutschen Schlotbarone nach berühmten Mustern „arbeiten“.

Ein Gesetz von 1878 sicherte durch straffere Centralisierung des Fabrikates die Einheitlichkeit in der Anwendung der Ausführungsbestimmungen. Die Oberaufsicht über die Revisionstätigkeit wurde nun einem einzigen Chief Inspector (Chief-Inspector) zugesetzt; ein Teil der Aufgaben der beiden durch ihn erlegten Oberinspektoren fiel auf die Superintending Inspectors (Gewerbeärzte), die an Stelle der Assistant Inspectors (Assistenten) traten. Das oberste Glied der Verwaltung ist indes nicht der Chief Inspector, sondern der Staatssekretär. Er hat über Aus-

dehnung und Beschränkung der Überarbeit, über die Form der Register und des Geschebausuges nach den Vorbereitungen des Chief Inspector endgültig zu bestimmen. An ihm kann Verurteilung gegen alle Entscheidungen des Fabrikamtes eingelegt werden. Seine Verordnungen gelten nach Zustimmung des Parlaments als Teil des Gesetzes. Ihm müssen die vom Chief Inspector redigierten Jahresberichte über die Aufsichtstätigkeit vorgelegt werden. Er ernennt und entlädt die Inspektoren und bestimmt über ihre Gehälter und die Einrichtung des Fabrikamtes in London.

Im Jahre 1878 ernannte er „Her Majesty's Chief Inspector of Factories and Workshops“ mit einem Gehalt von 1200 Pf. Jähr. Superintending Inspectors mit einem Gehalt von 500 bis 700 Pf. wurden auf fünf Bezirke verteilt. Es folgten die nach zwei Klassen unterschiedenen örtlichen Inspektoren (7 erster Klasse, Gehalt von 410 bis 500 Pf., 32 zweiter Klasse, Gehalt von 310 bis 400 Pf.), und 10 Junior Inspectors mit einem Gehalt von 200 bis 300 Pf. Das Gesetz von 1891 befugte den Chief Inspector, in jenen Industrien, die der Staatssekretär als gefährlich erkannte, Maßregeln zum Schutz der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter ohne Unterschied des Alters und Geschlechtes vorzuschreiben. Im Jahre 1893 wurden — eine alte Forderung der Trade Unions — 15 der Arbeiterklassen entnommene Assistant Inspectors (Assistenten) mit einem Gehalt von 100 Pf. angestellt; ihre Zahl wurde im Laufe von nicht drei Jahren auf 25 vermehrt. Diese Assistenten „haben sich sehr bewährt und ihre Dienste werden in den Kreisen der Sachverständigen als wertvoll geschildert“.

Und 1893 wurden zwei weibliche Aufsichtsbeamte — jetzt sind es ihrer sechs — eingesetzt. Sie müssen eine Prüfung in den Elementarschulen und der Kenntnis der Fabrik- und Werkstattgesetzgebung bestehen und sich bereits vorher gewerblich beschäftigt haben. Seit 1895 bilden sie eine eigene Abteilung mit einer Superintending Inspectorin, einer Inspectorin an der Spitze. Die Inspectorinnen sind keinem besonderen Bezirk zugeordnet und reisen nach Anweisung ihrer Vorgesetzten, die auch die Berichte redigiert. Die ganze Organisation dieser Abteilung ist noch unvollständig, im Werden.

Das Ergänzungsgesetz von 1895 brachte teils erweiterte, teils neue Aufgaben für die Gewerbeaufsicht. Der Staatschutz wurde auf Waschanstalten, Docks, Werften, Warenhäuser, Quais und einen Teil der Heimarbeit ausgedehnt, die Fabrikinspektion wurde die allein zuständige Instanz für die Neubestimmungen über Waschvorrichtungen, Temperatur und Aborte auch in Werkstätten. Zu dem Rechte der gerichtlichen Verfolgung aller mit ihrer amtlichen Thätigkeit verbundenen Beschwerdefälle trat jetzt die Befugnis, auf Autorisation des Staatssekretärs hin vor einem Gerichtshof mit summarischer Gerichtsbarkeit gleichzeitig als Kläger und Verteidiger selbständig zu fungieren.

Die Vollmachten des Staatssekretärs wurden bedeutungsvoll vermehrt. Er kann die Beschäftigung von Arbeitern in ungewöhnlichen Räumen untersagen; ein größeres als das gesetzlich

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Jakob der Letzte.

Eine Waldbauerngeschichte aus unseren Tagen.

Von P. A. Nogeger.

„Offen gesagt, ich verstehe es auch nicht,“ versetzte hier auf der Pfarrer. „Im Menschen geschlechte vollziehen sich die Aenderungen mit elementarer Gewalt, gleichsam wie der Wechsel der Jahreszeiten, wie Ebbe und Flut auf dem Meere, wie das Vorwärts- oder Rückwärtsgehen der Alpengletscher, wie das Beben der Erde und wie die Vulkanausbrüche. Man kann wohl fragen, ob es zum guten oder zum schlechten sei, aber man muß es geschehen lassen, weil man es nicht hindern kann.“

„Nicht hindern können!“ murmelte der Jakob vor sich hin. „So ist aller gute Willen umsonst und alle Lehre. Mein Vater hat oft gesagt: Was die Leute nie und nimmer wollen, das geschieht nicht unter ihnen. Es geschieht nicht.“

„Ja, wenn alle denselben unwandelbaren Willen hätten!“ sprach der Priester. „Manchmal jedoch haben Menschen, entgegen ihren eigentlichen Absichten, aus Vorwitz und Übermut etwas an, worunter sie hernach zu Grunde gehen müssen.“

„Davor müßte beständig gewarnt werden,“ sagte der Jakob. „Was jetzt geschieht: Dem Herrn Pfarrer kann's doch unmöglich recht sein, daß Altenmoos zu Grund geht. Es ist ja ein großer Schaden für die Pfarrer, für die Freunde, für Sandeben, wenn Altenmoos erstickt wird.“

„Mein lieber Reuthofer,“ sagte der Pfarrer, „wie sehr

hast du recht, wie sehr habt Ihr recht! Ja, ich sehe noch mehr Schaden. Ich sehe den Schaden, den die Leute nehmen, wenn sie ihre Heimständigkeit aufgeben, gleichsam vom Schiffe hinanspringen ins hohe Meer. In der Fremde werden sie Werkzeug, Ware, man nutzt sie aus und wirkt sie dann weg. Ich sehe den Schaden für die Religion, die nur in dem festgeschlossenen Bauerntum ihren sicheren Halt hat. Ich sehe den Schaden für den gerechtlichen Staat. Wenn im Volke das Patriarchentum zu Grunde gerichtet wird, wie soll es im Staat sich halten?“

„Und doch ist ein in unserem Lande vor kurzem ausgearbeitetes Jagdgesetz zum Schutz des Bauerntandes vom Vaterland nicht unterschrieben worden,“ bemerkte der Jakob.

„Wie gesagt, es nimmt seinen Lauf und ist nicht zu ändern,“ sprach der Pfarrer. „Vor Jahren, als die ersten Bauerngüter locker zu werden begannen, habe ich den Altenmoosern geraten, um Gottes willen heimständig zu bleiben, habe sie gewarnt vor dem Davonziehen. Heute muß ich das Gegenteil thun.“

„Euer Hochwürden werden wissen, was zu thun ist,“ versetzte nun der Jakob. „Ich dürfte nicht Pfarrer sein zu Sandeben, ich nicht. Wenn ich sehe, daß es schlecht ist, wenn die Bauern abspringen von ihrem Grund und Boden, so rede und predige ich dagegen, so lange ich Atem habe in der Brust. Wird doch auch sonst allerhand gesprochen auf der Kanzel, was mit Aeden nicht anders wird. Warum im Gotteshaus sein lautes Wort, wenn das Unerhörte geschieht, wenn die Leute ihrer Heimat treu werden. Den Bauernabsturz wollte ich das Gebot Gottes deutlich genug sagen: Du sollst nicht begehrn deines Nächsten Gut! Und den Bauern wollte ich Sonntag für Sonntag zurusen: Du sollst deines Vaters Boden ehren und nicht verlassen. Die Heimständigkeit, die Sehnsucht, wenn diese Leute aus-

lassen, dann geht alles aus Rand und Band, ich sage es Euch.“

„Wie möchte ich wünschen, daß Ihr unrecht hättest, Reuthofer!“ seufzte der Pfarrer.

„Ich auch, ich auch, Herr Pfarrer.“

„Und wollte wünschen, daß Ihr unter der Thatache, die Ihr seht, nicht zu Grunde gehen möchtet. — Reuthofer! Ihr seid ein vernünftiger Mann. Ich ehre Eure Anhänglichkeit an der Väter Boden, sie ist an sich eine schöne Tugend, aber sie ist keine mehr, sobald sie anderen nicht nicht und Euch selber schadet. Bleibt Ihr da sitzen so fest und so lange Ihr wollt, Ihr werdet Altenmoos nicht mehr halten.“

Ihr werdet verlassen sein, Ihr werdet verkommen und der letzte Jakob auf dem Reuthofer wird ein seiner Vorfahren unwürdiges Ende nehmen. Nein, Freund, der Mensch gehört zu Menschen. Es ist vermeissen, die kalte Erdscholle mehr zu lieben, als die Lebendigen. Die Menschenbrust ist unsere Heimat, sonst haben wir keine auf dieser Welt.

Jakob! Lasset diesen Boden, den Ihr so sehr lieb habt, lasset ihn raufen. Lasset Wald darauf wachsen, lasset ihm Feiertag sein auf ein Jahrhundert. Dann werden wieder junge, frische Menschen kommen und reutzen, und hier glücklich sein. Der Weltlauf geht so. Kommt heraus, Bauer, aus dieser aufwuchernden Wildnis, wo Ihr ja doch schon allein seid, kommt mit zu Euren Kindern!“

„Alle sind sie mir noch nicht davon, gottlob,“ sagte der Jakob. „Der Florian, die Angerl.“

„Ihr werdet sie schwer vermissen.“

„Sie bleiben in Altenmoos,“ sagte der Jakob.

„Reuthofer, Ihr werdet es ja wohl!“ versetzte der Pfarrer. „Wisset Ihr's nicht, daß der Hüttenmauer sein Gut verkauft hat? Es war für ihn nicht mehr möglich, sich zu behaupten. Seit der alte Hüttenmauer tot, ist das Ver-

vorgeschriebene Raummaß pro Kopf des Arbeiters bei anderem künstlichen Licht als elektrischem verlangen; die Meldung gewisser, epidemisch auftretender Krankheiten in Fabriken und Werkstätten vorschreiben; eine im Gefecht von 1895 enthaltene Verordnung, die sogenannte „Particulars Clause“, das ist Mitteilung genauer Angaben über zu entrichtende Städtehöhe in der Textilindustrie auf Richterläufen und Werkstätten auszuschließen. 1897 wurden mit der Ausdehnung der Particulars Clause dem mit ihrer Durchführung betrauten Beamten nur Assistenten aus der Arbeiterklasse beigeordnet.

Als vorbildlich bezeichnet H. Simon vier Hauptpunkte der englischen Organisation der Fabrikansicht: 1. Straße Einheitlichkeit, verbunden mit dem Prinzip der Zentralisierung staatlicher Beamten, also höchste Centralisation des Amtes und Decentralisation der Aussichtshäufigkeit. 2. Die weitgehenden Befugnisse der Inspektoren; ihre Unabhängigkeit von anderen Behörden und die dadurch erhöhte Möglichkeit zum selbständigen, kraftvollen Eingreifen. 3. Die Weite der Qualifikationsbestimmungen, die die Heranziehung von Kräften aus den verschiedensten Gesellschaftsklassen und den verschiedenen Berufen zulassen. 4. Die Institution der Gewerbeärzte und ihre neuere Centralisation.

Ungünstig ist auch in England schon die Zahl der eingestellten Beamten. Auf 200 000 der Aussicht unterstellt Angestellten mit 400 000 bis 500 000 Arbeitern kommen nur 114 eigentliche Staatsinspektoren, darunter 26 Arbeitsschaffende.

Märker als je zuvor,“ äußert sich der Chief Inspector im leiterschienen Jahresbericht, „tritt das Misverhältnis zwischen der Zahl der Beamten und der gewaltigen und zunehmenden Masse von Eingelaufnahmen verschiedenster Art, für die sie verantwortlich sind, durch die verbesserte Gewerbebestatistik zu Tage.“

Trotz dieser Mängel, welcher Kontrast gegen die Zustände in der deutschen Fabrikansicht. Keine Centralisation, keine Machtmittel, keine Unabhängigkeit, Überbildung der Beamten mit der Kesselrevision, die Aussichtsbeamten nur zu oft ohne sozialpolitische Einsicht, unter dem Dachte der Unternehmenspolitik!

Politische Übersicht.

Nach der Wahl.

Der Ausfall der Wahl im zweiten Berliner Wahlkreise wird in der Presse lebhaft erörtert. Natürlich sieht das Verhalten der Konservativen im Vordergrunde der Diskussion. Die Freisinnigen greifen natürlich die Konservativen scharf an. „Das Verdienst um den Erfolg der Sozialdemokratie gebührt einzig und allein der konservativen Partei,“ schreibt die Vossische Zeitung. „Sie hat die Wahl entschieden, sie hat sie auch zu verantworten.“ Und weiter schreibt drohend die Tante Voß:

Wenn in Zukunft einmal die Rechte irgendwo die Dreistigkeit haben sollte, der linken Vorwürfe darüber zu machen, daß freisinnige Wähler lieber einem Sozialdemokraten als einem ostelbischen Junker zum Mandat verhelfen, so werden wir sie auf den Geburtsstag Bassales verweisen und auf den mit Hilfe der Konservativen erlöschten Sieg der Sozialdemokratie. Wer sind die Helfershelfer der Bebel, Singer und Fischer? Die Konservativen. Und damit erlebt sich auch die Lehre von dem Liberalismus als „Vorwurf der Sozialdemokratie.“

Ahnlich erklärt auch die Freisinnige Zeitung die Konservativen für die Vorfrucht der Sozialdemokratie. Seit 1878 habe die konservative Partei durch ihren Aufsturm auf den Fortschritt und den Freisinnigen in Berlin nichts weiter erreicht, „als die Stärkung der Sozialdemokratie, die Bezeichnung der Hauptstadt des Reiches als der Hauptstadt der Sozialdemokratie.“

In antisemitischen Kreisen wird der Person des Kandidaten viel Schuld an dem Rückgang der Stimmen gegeben. So urteilt die Deutsche Tageszeitung, die im übrigen das Wahlergebnis als das Resultat einer nicht aufzuhaltenen Entwicklung hinstellt:

Vielleicht trägt an dem ungünstigen Ausgang für die Konservativen die Persönlichkeit des Kandidaten einige Schuld. Wie wir die Berliner kennen, muß jeder konservative Kandidat, der einige Aussicht auf Erfolg haben will, die wirtschaftliche Frage in den Vordergrund rücken und mit einem dichten Tropfen antisemitischen Oels gefüllt sein.

Vermisster in derselben Richtung spricht sich die Staatszeitung aus, die direkt behauptet:

Ein Gutes aber hat das gestrige Wahlresultat trotz allem: Es wird Klarheit schaffen und denen, die noch sehen wollen, die Augen öffnen. Nur der antisemitische Gedanke vermag die nationalgefürchte Berliner Wählerschaft zu entzünden; nur durch ihn wird sie siegen!

Dagegen wendet sich wieder entschieden die Kreuzzeitung, die diesen antisemitischen Satz „drollig“ findet. Sie urteilt:

Dass die Wahlbeteiligung derselben Männer, auf deren Hälfte mit den Leuten des Kampfherren noch schlechter geworden, jetzt hat sich Euer Schwiegersohn in der unteren Gemeinde ein Gütel gepachtet.“

Der Jakob war aufgestanden, war an der Wand der Mühle mit langsamem Schritte hingegangen, dann umgedreht und fragte nun den Pfarrer: „Ist das wahr, daß der Hüttenmann verlaufen hat?“

„Dass ich es offen gestehe, Neuthofer, er hat mich ersucht, Euch die Neuigkeit zu überbringen. Es ist ihnen bitter hart. Sie wollen Euch nicht allein lassen im Gebirge.“

Nach diesen Worten des Pfarrers murmelte der Jakob: „Also die auch! — Meine Angerl geht auch.“ — Dann rief er aus: „Es macht nichts, sie gehört ohnehin nicht mehr mein. Es macht nichts.“ Dabei hatte er die Cigarre, die, obzwar ausgelöscht, noch zwischen seinen Fingern stand, zerquetscht. Als er das merkte, legte er sie auf den Wandstorch: „Das soll sich einmal einer in die Pfeife stecken. Wie Altenmoosherl“ können mit dem Stengelrauchen nicht umgehen.“

Hernach froh er langsam wieder in die Radstube und begann zu hämmern an den Täpfeln.

Der Pfarrer ging kopfschüttelnd seines Weges. Als er noch hinausblickte zu dem Hofe, der in anheimelndem Frieden hier zwischen den Wäldern stand, und als er daran dachte, mit welcher Unruhe draußen in der Welt gejagt, gehetzt und im Kampf ums Dasein verzweifelt gerungen wird, voller Gier nach Geld und Ehre, oder in heißer Angst vor dem Untergang, da war es ihm: der Mann hat doch recht, wenn er im Gottesfrieden seiner Berge leben und sterben will. —

(Fortsetzung folgt.)

Stimmen zu Gunsten des konservativen Kandidaten gerechnet worden war, eine so überraschend geringe war, ist bedauerlich und kommt einer vollständigen Abfektion (Abfektion) der „Berliner Bewegung“ gleich. Wohl war von vornherein auf einen Sieg des Herrn Witowsky nicht zu rechnen, und diese Überzeugung mag viele von der Urne ferngehalten haben; allein man hätte doch innerer Zeugen sollen, daß man noch am Leben ist — oder gründlichlich sich der Wahl enthalten müssen.

In dem Urteil über den Niedergang der Berliner Bewegung trifft übrigens die Kreuzzeitung mit der Volkszeitung zusammen, die sich nur deutlicher ausdrückt und konstatiert: „Die gerissne Berliner Bewegung ist gründlich verkracht.“

Das Resultat der Betrachtungen ist: Kabinettskammer bei den Konservativen und Kabinettsschmiede bei den Freisinnigen. Uns kann beides recht sein.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 12. April. Nicht weniger als drei Vorlagen sind diesmal aus dem Postföhrrhorn auf den Reichstag herabgesunken, die Novelle zum Postgesetz, die neue Fernsprechgebührenordnung und der Entwurf eines Telegraphenwegesetzes. Die erste Lesung dieser Vorlagen wird die Postverteilung während dieser Woche ganz in Anspruch nehmen.

Heute wurde der Anfang mit der Postgesetznovelle gemacht. Ihr Inhalt ist bekannt und leicht gewürdig. Lang gesforderten und endlich gewährten Tarifermäßigungen stehen Kompenstationen gegenüber, von denen manche recht bedenklich sind, so die Koncessionspflicht für Privatposten, die sich an den West von Geschäften, die ihnen das erweiterte Postregal noch läßt, noch wagen wollen, so vor allem das Verbot der Zeitungsbestellung durch express Posten über einen Umkreis von zwei Meilen hinaus. Eine Neuordnung des Postzeitungstarifes ist vorgesehen, die im Prinzip eine Verbesserung darstellt. Dass er den Annoncenblättern und Generalanzeigern weh thut, ist nicht sein geringster Verdienst, wenn es sich auch empfehlen wird, den Abonnementspreis der Zeitungen bei der Berechnung der Gebühren nicht ganz außer acht zu lassen. Die Postnovelle, die vor einem Jahre den Reichstag beschäftigte, aber von ihm nicht verabschiedet werden konnte, hatte die Reform des Postzeitungstarifes noch nicht enthalten, ebenso wenig die Entscheidung der bestehenden Privatposten und ihrer Angestellten, die die neue Vorlage vorzieht. Hierin ist die Postverwaltung einem Wunsche der Reichstagsmehrheit nachgekommen.

Die Begründung der Vorlage lieferte Herr v. Podbielski. Er hatte es diesmal vorgezogen, statt einer seiner gelegentlich etwas konfusen Stegreifsreden zu halten, sich auf ein logisch wie chronologisch unbedelbstes Manuskript zu verlassen, das er mit großer Virtuosität ablas. Er muß vorzüglich Augen haben, denn er brachte die großen Postblätter nicht in die Hand zu nehmen und konnte sie ruhig auf seinem Pulte liegen lassen, während er in aufrechter Haltung sprach. Die Rede war ganz im akademischen Tone gehalten, während man sonst von dem Husarenrecht der Reichspost Ausdrücke und Wendungen gewohnt ist, die eine glückliche Nachahmung des Tonos der Berliner Posse darstellen.

Die Vorlage wurde im ganzen vom Hause nicht unfreundlich aufgenommen. Als einfacher Mittel St. Manchesters kämpfte heutzutage nur der Wabbelkämpfer Pachnicke für die Vorzüglich der Privatposten gegenüber dem Staatsbetrieb. Ihr Schicksal ist wohl besiegelt. Fast einmütig aber wurde der Ausschluß der Expressbestellung der Zeitungen verworfen. Herr Dr. Marcour, der frühere Chefredakteur der Germania, erklärte für das Centrum, daß die Beseitigung dieser Bestimmungen für seine Partei die Bedingung für die Annahme der Vorlage sei. Auch der Sprecher der Konservativen, der frühere Oberförster von Waldow-Reichenstein, wünschte eine Änderung der Vorlage in dieser Richtung, und ebenso hielt sie Singer und der Redner der Nationalliberalen, Professor Hoffe, für geboten.

Herr v. Podbielski war sehr entgegenkommend und versprach, in der Kommission mit sich reden zu lassen. Auch die Einbeziehung des Abonnementspreises bei der Berechnung des Postzeitungstarifes findet in Herrn v. Podbielski seinen entschiedenen Gegner.

Singer hob nachdrücklich hervor, daß das Verlangen der Postverwaltung, bei dieser Gelegenheit Kompenstationen zu erlangen, sachlich unberechtigt sei; die Billigung des Verkehrs würde durch die Steigerung des Verkehrs in ihren finanziellen Wirkungen mehr als ausgeglichen werden. Für unbedingt notwendig erklärte unser Redner, daß die geplanten Portiermäßungen für Druckachen, Warenproben, im Postverkehr nicht in das Erreichen des Reichstags gelegt, sondern gesetzlich festgelegt würden. Warm nahm er sich der Angestellten der Privatposten an. Er verlangte höhere Entschädigung für sie und ihre Auszahlung im ganzen und nicht ratenweise. Herr v. Podbielski erklärte, daß er auf die ratenweise Zahlung kein Gewicht lege.

Herr v. Podbielski war sehr entgegenkommend und versprach, in der Kommission mit sich reden zu lassen. Auch die Einbeziehung des Abonnementspreises bei der Berechnung des Postzeitungstarifes findet in Herrn v. Podbielski seinen entschiedenen Gegner.

Morgen wird die Beratung zu Ende geführt und die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen werden.

Der Samsonhandel.

Neue Kämpfe werden von Samoa gemeldet. Eine deutsche amtliche Depeche aus Apia meldet vom 5. April: „Die Engländer beschlossen täglich ein samoanisches Dorf. Die Tann-Lente und Mataafa-Leute plündern fremdes Eigentum. Die englisch-amerikanische Landungstruppe, 70 Mann stark, geriet am 1. April in einen Hinterhalt bei Vailele. Drei Offiziere sind gefallen, zwei Landungsgeschüze wurden genommen. Die Kriegsschiffe erneuerten die Beschließung.“

Diese amtliche Meldung ergänzt folgende Depeche des Neuen Deutschen Bureaus: Der Hinterhalt befand sich auf einer deutschen Plantage, deren Geschäftsführer verhaftet und an Bord eines englischen Kriegsschiffes gebracht wurde.

Ausführlicher meldet dasselbe Bureau: Eine gemischte britisch-amerikanische Truppe von 195 Mann geriet am 1. April in einen von Mataafa-Leuten gelegten Hinterhalt. Sie war gezwungen, sich nach dem Strand zurückzuziehen. Drei Offiziere, nämlich Lieutenant Freeman vom britischen Kreuzer Tauranga, der die Aktion befehligte, und zwei Amerikaner vom Kriegsschiff Philadelphia wurden getötet; ihre Leichen wurden später entdeckt und aufgefunden. Zwei britische und zwei amerikanische Matrosen wurden ebenfalls getötet. Der Hinterhalt befand sich auf einer deutschen Plantage, deren Geschäftsführer verhaftet wurde. Dieser wurde an Bord des englischen Kriegsschiffes Tauranga gebracht und dort in Haft gehalten, auf Grund der Abgeordneten Erklärungen, daß man gesehen habe, wie er Mataafa-Leute zum Kampfen ermunterte. Die an den Kämpfen teilnehmenden Mataafa-Leute waren etwa 800 Mann an der Zahl. In einem früheren Ge-

richte wurden 27 Mataafa-Krieger getötet, während die Europäer keinen Verlust erlitten.

Der Vorfall scheint sich an denselben Orte ereignet zu haben, wo sich im Dezember 1888 der Zusammenstoß mit dem Landungs корпус der deutschen Kriegsschiffe Olga, Adler und Eber ereignete.

Aus Auckland eingetroffene Nachrichten melden, daß die Kämpfer sehr heftig war. Die amerikanischen und britischen Matrosen wurden wiederholte Male von den Angreifern, die sie durch ihre numerische Übermacht zu bewältigen suchten, zurückgeschlagen. Die Leichen der gefallenen Offiziere und Matrosen wurden mit militärischen Ehren in Midland bestattet. 40 Mataafa-Leute wurden getötet, eine Anzahl verwundet. Die Verwundeten wurden von den Aufständischen mitgenommen.

Die Nordde. Allg. Blg. schreibt: „Die Presse hat sich mit den Forderungen beschäftigt, die nach einer Meldung des Neuen Deutschen Bureaus angeblich Admiral Rauch vor Samoa an den Kommandanten des deutschen Kreuzers Falke gestellt hätte, und die der Ehre unserer Flagge zu nahe traten. Wir stellen fest, daß über ein derartiges Vorlommis an den maßgebenden Stellen nichts bekannt ist. Wären auch thäufig irgend welche Differenzen zwischen den beiden Befehlshabern vorgetreten, so ist unzweckhaft, daß darüber vom deutschen Kommandanten sofort telegraphische Meldung hierher erstattet sei würde.“ Zu der Meldung der Berl. Neuest. Nachr., daß die Ernennung des deutschen Bevollmächtigten für die Specialkommission nach Samoa erst erfolge, wenn von englischer Seite die notwendigen Garantien gegeben seien, um die Steuererhebung der deutschen Vertragsrechte auf Samoa zu sichern, bemerkte die Nordde. Allg. Blg.: „Auch wir glauben zu wissen, daß die deutsche Regierung im Hinblick auf die hier erwähnten Verhandlungen in London um eine bestimmte Erklärung über die Stellung der englischen Regierung zum Samoa-Vertrag gebeten hat.“

Der deutsche Botschafter Graf Hayfeld ist in London eingetroffen, um die Vorstellungen der deutschen Regierung gegen das Vorgehen der englischen und amerikanischen Behörden in Samoa energisch zu vertreiben.

Eine Interpellation wegen der Vorgänge in Samoa ist von der nationalliberalen Partei im Reichstag eingebrochen worden. Die nationalliberale Partei hatte die Einbringung der von den Abgeordneten Hesse und Lehmann angeregten Interpellation von einer zustimmenden Erklärung des Staatssekretärs v. Bülow abhängig gemacht. Dieser hat dann auf Anfrage schriftlich geantwortet, daß er die Interpellation beantworten werde. Darüber, wann die Interpellation im Reichstag zur Verhandlung kommen wird, gehen die Ansichten auseinander, zumal es doch das natürliche wäre, vor einer parlamentarischen Erörterung der Samoafrage die Antwort der englischen und amerikanischen Regierungen auf die jüngste deutsche Note abzuwarten.

Der in San Francisco erscheinende Deutsche Demokrat veröffentlicht den Brief eines deutschen Beamten in Samoa. Darin heißt es über die Unruhen im März: Kein Anhänger Mataafas ist getötet worden. Admiral Rauch hat das Vorbereitement nicht vorher angekündigt; die Bevölkerung glaubt zuerst, es würde ein Salut gespielt. Die Deutschen tadeln das Verhalten des Konsuls Magie, nicht das Verhalten der Amerikaner. Der deutsche Kreuzer Falke nahm deutsche und ebenso amerikanische und englische Frauen und Kinder an Bord. Die Insassen der französischen Mission wurden in hohem Grade in Gefahr gebracht; ein junges Mädchen wurde verwundet. Admiral Rauch verweigerte die Aufnahme der Verwundeten an Bord der Philadelphia, „da das Schiff kein Waiseninstitut sei“. Die Waisenanstalt Tamu wurden durch die Engländer verhindert, sich mit Mataafa zu vereinigen. Die Geschäftsführer wurden offen von den Anhängern Mataafas geplündert. Die Engländer fürchteten sich, die Straßen zu betreten, während die Mataafa-Leute vor der Stadt waren. Am 24. März erklärte Mataafa dem Admiral Rauch, er würde mit dem Kampfe aufzuhören, wenn die Weisen ihn in Ruhe ließen. Der Brief schließt: die einzige Abhilfe für die Waffen ist die Entsendung neuer Konsul und Befehlshaber, die in Übereinstimmung handeln.

* Berlin, 13. April. Die vereinigten Ausschüsse des Bundesrates für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungsweisen sowie die vereinigten Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr hielten gestern Sitzungen ab. — Zu der Rhein-Elbe-Kanalsvorlage haben gestern die Deputationen des Abgeordnetenhauses Stellung genommen. Die Konservativen haben ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen und wollten gestern abend nochmals zusammenkommen. Die Nationalliberalen haben sich, wie von gut unterrichteter Seite versichert wird, mit einigen Ausnahmen entschieden, die Gründgedanken der Vorlage anzunehmen. Das Centrum ist gleicher Meinung, indem im Westen gewählten Abgeordneten der Vorlage zuzwingen, dagegen die Vertreter des Ostens, namentlich Saaleiens, den Entwurf bekämpfen. In der freikonservativen Fraktion hat sich eine starke Strömung gegen die Vorlage gestellt gemacht.

Durch Beschluss der ersten Strafkammer des Landgerichts I Berlin vom 22. März 1899 ist die Beschlagsnahme der Zuladung vom 18. Juni 1898 aufgehoben worden und das Gesetz, das den Artikel Pudel-Majestät brachte, kann wieder durch den Buchhandel bezogen und von den Behörden, die es den Adressaten vorenthielten, reklamiert werden. —

Wegen Wiederherstellung der Berliner Produktionsbörse sind, wie Berliner Blätter zu melden wissen, Verhandlungen zwischen der Regierung, den Vertretern der Berliner Gewerbe- und Produktionshändler und den Vertretern der Landwirtschaft geflossen worden. Diese sind vor einiger Zeit zum Abschluß gelangt. Das gesamte Material ist dem Handelsminister übergeben, von dem aber bisher kein Bescheid erfolgt ist. —

Trotzdem die Braunsch. Neuest. Nachr. die Meldung aufrecht erhalten, daß der Kaiser geküßt habe: wenn er im Jahre 1866 mit zu raten gehabt hätte, wäre Hannover nicht annektiert worden, verzichtet die Post auf das bestimmteste, daß es sich um eine Erfahrung handle. —

Der Reichsanzeiger veröffentlicht einen Nachtrag zum Vertrag über die Unterhaltung deutscher Postdampfschiffsbündnisse mit Ostasien und Australien vom 12. September (30. Oktober) 1898. Danach wird der im Artikel 39 Abs. 1 des Vertrages auf den 1. April 1899 festgelegte Zeitpunkt des Beginns der fünfzehnjährigen Vertragsdauer auf den 1. Oktober 1899 verlegt. Ferner werden einige durch diese Verschiebung bedingte Veränderungen vereinbart.

Köllersches. Aus Nordschleswig werden neue Ausweisungen gemeldet. Es sind in Brünn zwei Knechte und eine Magd des dortigen Hofbesitzers Jacobson ausgewiesen, ferner erhielten

5 Dienstboten des Hosiberges Struempfger in Höhenhöved Ausweisungsorder. Diese Ausweisung wird mit der Teilnahme des Herrn Struempfger an einer Versammlung auf der Hochschule zu Åsbo in Südtirol in Verbindung gebracht, in der eine Resolution gefasst wurde, die u. a. ausführt: 150 dänische, norwegische, schwedische und fälschliche Schüler der Volksschule zu Åsbo sprechen ihre volle Sympathie aus für den Gedanken, die nordische Jugend zur Mitarbeit für nordische kulturelle Einheit und mehr intensives Zusammenleben zwischen den nordischen Völkern zu sammeln.

Ein neues Flottengefecht fordert die Nationalliberalen. Sie Vermehrung der Kriegsschiffe geht ihnen nicht schnell genug. Mit Erfolg schreibt der Karlsruher Kurier:

Man wende nicht ein, daß unsere Werften nicht im Stande seien, noch mehr Schiffe zu bauen. Dann errichten wir eben mehr Werften, so viele, als nötig sind. Noch hinsichtlicher ist der Einwand, daß es uns an Offizieren und Mannschaften fehlen würde. Die Begeisterung für die Flotte ist in Deutschland so groß, daß sich die Dienstpflichtigen aller Stände immer mehr zur Marine drängen.

Wo nur der Kurier die furchtbare große Begeisterung für die Flotte gefunden haben mag?

Krankenversicherung im Reich. Die Zahl der Krankenversicherungen im Reich hat 1897 22477 betragen gegen 22111 im Vorjahr. Die Mitgliederzahl hat sich erhöht von 7944820 auf 8387119. Im einzelnen hat die Zahl der eingeschriebenen Hilfsklassen sich von 1410 auf 1422 erhöht, die Mitgliederzahl dieser Klassen von 697546 auf 730985. Die Zahl der Fünftklassen wuchs von 566 auf 593 mit 145819 Mitgliedern gegen 132081 im Vorjahr. Die Zahl der Betriebs-(Fabrik)-Krankenversicherungen erhöhte sich von 6796 auf 6974, die Mitgliederzahl von 2032475 auf 2160074. Die übrigen Klassen und Mitglieder entfallen auf die Gemeindeversicherung, die Ortsklassen, die Bauklasse und die landesrechtlichen Klassen. Die Einnahmen aller Klassen zusammen erhöhten sich von 155809833 Mark auf 16781060 Mark, die Ausgaben von 109722770 Mark auf 120487910 Mark. Das Vermögen der Kasse wuchs von 107856665 Mark auf 119627754 Mark. Auf ein Mitglied fielen 0,36 Erstanlagenträge gegen 0,35 im Vorjahr mit 6,18 Krankheitstagen gegen 5,99 im Vorjahr. Die Krankheitskosten betrugen 14,45 gegen 13,81 im Vorjahr. Unter anderem betragen die Ausgaben für Arznei bei allen Klassen zusammen genommen 26914241 Mark gegen 24813242 Mark im Vorjahr.

Zu dem Koblenzer Pistolenduell wird der Köln. Btg. angesichts des Ausschusses, daß der Tod des Studenten Möller erregt, ausdrücklich bestätigt, daß die Angelegenheit dem militärischen Ehrenrat vorgelegen hat. Zugleich erhält die Köln. Btg. von dem Vater des im Duell erschossenen Studenten eine Broschüre, um keinen Zweck darüber aufzukommen zu lassen, daß der Getötete der Provozierte gewesen ist. Die Broschüre schildert zunächst die Vorgeschichte des Duells, wie sie bereits bekannt geworden ist und führt dann fort:

Den Sekundanten meines Sohnes wurde eröffnet, daß sich die Bekleidung nur durch ein Pistolenblut bis zur Kampfunfähigkeit führen ließe. Auf ihre Einwendungen, daß sein Corps einer Universitätsstadt über einen dreimaligen Regelwechsel hinzugeinge, und sie, da mein Sohn Student sei, auch nicht mehr zugestanden könnten, wurde ihnen eröffnet, daß das alles nichts nütze, sie müßten die Bedingungen des Offizier-Ehrenrates, die auf Kampfunfähigkeit laute, annehmen, da sich ohne das die Sache nicht führen lasse. Die Sekundanten teilten meinem Sohne das mit, und mein Sohn in solchen Sachen ganz unerfahrenen Sohn, der noch nicht 21 Jahre alt war, nahm in dem Glauben, daß er seiner Ehre nicht voll genüge, wenn er nicht auf diese scharen Bedingungen eingehet, sie an. Die Sekundanten meines Sohnes haben dann zu Protokoll erklärt, daß sie darauf bestanden, daß dem Unparteiischen nach dem dritten Regelwechsel das Recht zustehen solle, das Duell zu beenden. Der Unparteiische, der Vorsitzende des Ehrenrats des 68. Regiments, wurde dann auch nach dem dritten Gang von den Sekundanten meines Sohnes mit Rücksicht darauf, daß mein Sohn einen Streichschuß an der Wade erhalten hatte, aufgefordert, das Duell für beendet zu erklären. Die Offiziere berieten zusammen und beschlossen, daß das Duell weiter zu gehen habe. Im fünften Gang wurde dann mein Sohn tödlich verwundet.

Die Köln. Volkszeitg. fordert angesichts dieser Darstellung, daß unter allen Umständen volle Klarheit darüber geschaffen werden müsse, ob der Ehrenrat in der geschilderten Weise den Duellmord befürwortet hat und ob die anderen preußischen Ehrenräte durch die Broschüren über die Ehrenräte jeden Tag in die Lage kommen können, dasselbe zu thun.

W. Zur Lebenshaltung der oberösterreichischen Arbeiter liefert der hier abgedruckte Brief eine treffliche Illustration:

Q. Nr. 727. Lippe, 22. I. 1899.

An den Invaliden Franz Przybilski,

Märktshacht.

Ihrem Unterstützungsgefecht vom 17. d. M. kann diesseits keine Folge gegeben werden, weil die aus der Pensionskasse und aus der Invaliditätsversicherung Ihnen zufließenden Beträge von 34,70 Mark monatlich zum notdürftigen Unterhalt von drei Personen als ausreichend erachtet werden müssen.

Schle. Alt.-Gef. f. Berg. u. Bunt-Hütten-Betr.

Rumpf.

34,70 M. monatlich ist genug für eine dreiköpfige Familie, so denkt man "diesseits" über die Erhaltung einer Arbeiterfamilie; mit 38 oder 39 Pf. soll täglich ein Arbeiter die Kosten von Nahrung, Wohnung und Kleidung befreiten.

Herr Rumpf hat übrigens in thatächlicher Beziehung recht. Hunderte und Tausende von Angehörigen oberösterreichischer Arbeiterfamilien leben wie Przybilski; anderen Hunderten und Tausenden ergeht es noch ähnler, nicht jeder ist so glücklich, Renten aus Pensionskassen und Invaliditätsversicherungsanstalten zu erhalten. — Armes Oberschlesien!

Über die Militärvorlage sprach in München im katholischen Volksverein der Centrumabgeordnete Gruber. Es sei schwer, für eine solche Vorlage eine Einigung im Centrum zu erzielen. Das kommt von der verschiedenen Lebensanschauung und Erziehung des Einzelnen. Es sei kein so großes Unglück, wenn hierin nicht immer Einigkeit bestünde. Das Centrum habe zuletzt durchgesetzt, daß die 7000 Mann gestrichen würden, und "die bleibenden gestrichen".

Wie lange? Unter dem Buchthauskurs. Dem anhaltischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die landwirtschaftlichen Arbeiter vollständig unter Gesinderecht stellt, hohe Strafen für das vorzeitige Verlassen des Dienstes festsetzt und zwangsweise Wiederzuführung in den Dienst gestattet. Außerdem werden Gefangenstrafen bis zu einem Jahr festgesetzt für die

Verabredung von Arbeitseinstellungen. Die in Frage kommenden Paragraphen lauten im wesentlichen folgendermaßen:

§ 1. Landwirtschaftliche Arbeiter, die widerrechtlich den Antritt der Arbeit verweigern oder die Arbeit verlassen werden; mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit Haft bis zu zehn Tagen bestraft. Die Verstrafung tritt nur auf Antrag des Arbeitgebers ein. Der Antrag ist nur zulässig, wenn er innerhalb einer Woche nach Begehung der strafbaren Handlung gestellt wird. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

§ 2. Wenn landwirtschaftliche Arbeiter widerrechtlich den Antritt der Arbeit verweigern oder die Arbeit verlassen, so ist die zwangsweise Ausführung derselben durch die Polizeibehörde des Arbeitortes auf Antrag des Arbeitgebers zulässig. Der Antrag muß innerhalb einer Woche nach dem vertragsmäßigen Antrittszeit oder nach dem Verlassen der Arbeit gestellt werden.

§ 3. Wer landwirtschaftliche Arbeiter zur widerrechtlichen Verweigerung des Antritts der Arbeit oder zum widerrechtlichen Verlassen der Arbeit verleitet, wird mit Geldstrafe bis zu 160 M. oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft. Derselbe ist beim Arbeitgeber für den daraus entstehenden Schaden verantwortlich; er haftet neben dem Arbeiter als Gesamthaftner.

§ 4. Landwirtschaftliche Arbeiter, die die Arbeitgeber zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhindrung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern untereinander verabreden, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Die Anstifter unterliegen der gleichen Strafe, auch wenn sie keine landwirtschaftlichen Arbeiter sind.

Die Vorlage geht sogar weit über das bisher schon in Preußen übliche hinaus. In Preußen werden z. B. wegen Anstrengung zur Arbeitseinstellung nur die landwirtschaftlichen Arbeiter selbst mit Gefängnisstrafe bedroht, während man in Anhalt auch alle anderen Leute unter diesen Paragraphen stellen will. Die Reaktion ist nun drauf und dran, die Vorteile auszubauen, die ihr durch die Fassung des Bürgerlichen Gesetzbuches zugeslossen sind. Unsere Partei war es bekanntlich, die das Gesetzgebungsrecht der Einzelstaaten auf dem Gebiet des Besiedelungsrechts aufgehoben wissen wollte. Unsere Anträge unterlagen aber dem brüderlichen Zusammenspielen der bürgerlichen Parteien. Und nun sollen die Arbeiter die Folgen dieser Gesetzgebung zu schmecken bekommen.

Osnabrück, 12. April. Zum Bischof von Osnabrück wurde heute durch das Domkapitel der Regens Bisch. von Münster gewählt. Als Königlicher Kommissar fungierte Oberpräsident Graf zu Stolberg-Wernigerode.

s. Aus Hessen, 12. April. Nach amtlichen Ermittlungen ist die Zahl der Auswanderer auch in Hessen ständig zurückgegangen. Von 1879 bis 1898, also innerhalb 20 Jahren, wanderten insgesamt 38883 Hessen aus. Und zwar schnitt die Zahl von 889 im Jahre 1879 sofort auf 3032 im nächsten Jahre in die Höhe. In 1881 wurde mit 4173 die höchste Auswandererziffer erreicht. Von da ab sanken die Ziffern ständig, bis im Jahre 1898 nur noch 316 Auswanderer gezählt wurden. Aus dem Kreise Gießen sind im Jahre 1898 nur 11 Personen ausgewandert.

Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg ist eben auch in Hessen die Auswanderung zurückgegangen. Viele Leute, die unter schlechten Verhältnissen nach Amerika gegangen waren, begnügen sich jetzt mit mehrmonatlicher Arbeit in Westfalen. In Oberhessen ist die Arbeitsgelegenheit gegenwärtig sehr günstig. Wenn trocken die Arbeitsmühle so niedrig sind, so liegt das einmal an der Bedürfnislosigkeit und zum anderen an der Machlosigkeit der Arbeiter, die den Wert der Organisation noch nicht erkannt haben.

g. Altenburg, 12. April. An den hiesigen Abenforbildungsschulen werden vom Jahre 1900 an Unterrichtskurse in der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung eingerichtet. Die Kosten der Lehrrmittel trägt die Stadt. Für den Unterricht wird der vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebene Leitfaden der Versicherungsgesetze benutzt.

In Altenburg wird von den Bauhandwerkerlern eine Bauarbeiterforschungskommission für Bayern errichtet. Sie hat an allen Orten Material zu sammeln und der Centralkommission in Hamburg zu übermitteln, ferner soll auch das gesammelte Material mit einer Zeitschrift der Bayerischen Abgeordnetenkammer eingerichtet werden.

g. München, 11. April. Gestern wurde die Märznummer (Nr. 5) des Südbayrischen Postillons auf Antrag des sächsischen Justizministeriums wegen Bekleidung des Dresdener Schwurgerichts konfisziert. Die Bekleidung soll in dem Gedicht Das Dresdener Buchhausurteil enthalten sein, und ferner soll der Biedermeier dieses Gericht bekleidet haben. Die Verlage ist freigegeben. Medaille und Verleger haben Vorladungen erhalten.

Die Freisinger Bischofskonferenz, deren Verhandlungen so geheim gehalten werden sollen, wird sich nach der Kölner Volkszeitung voraussichtlich mit der Seminarfrage, d. h. den ausgedehnten blaumalben Zuständen in den Priesterseminaren und der Angelegenheit des Prof. Schell beschäftigen, "die — nach gewissen neueren Erklärungen Schells in den Hochschulnachrichten etc. — doch noch nicht ganz glatt gelöst zu sein scheint". Nachstens wird man schon von den absolut geheimen Verhandlungen noch mehr hören.

kleinepolitische Nachrichten. Bei der Reichsratsvergängungswahl für den Großgrundbesitz wurde in Linz an Stelle des Grauen Falshainay Graf Dürkheim mit allen abgegebenen Stimmen gewählt. — Wie die römische Tribuna meldet, wird Italien bei der Konferenz im Haag durch den Solothurner Graf Riggi, den italienischen Gesandten im Haag, Graf Bannini, den General Buccart und den Schiffskapitän Bianco vertreten sein.

Frankreich.

Neuer Antrag auf Annulierung des Dreyfusprozesses. — Antrag des Generals Gonse. — Abschluß der Untersuchung gegen Drouet. — Verteilte Klage. — Ein Dementi.

Paris, 12. April. Wie das Journal wissen will, beantragte Frau Dreyfus einen neuen Antrag auf Annulierung des Prozesses Dreyfus einzureichen, da der erste Antrag unanwörtet geblieben sei.

Von den Aussagen des Generals Gonse, die der Zigarro veröffentlicht, ist folgendes nachzutragen: Picquart habe ihn (Gonse) am 3. September 1896 aufgesucht. Gonse habe ihm vorgesagt, daß er ihm die Ergebnisse seiner Untersuchung verborgen und beabsichtigt habe, ihn in die sehr ernste Angelegenheit zu verwickeln. Picquart habe niemals gesagt, daß die von Henry herührenden Stücke eine Fälschung seien. General Gonse führt weiter aus, daß Du Paty de Clam in der Angelegenheit Esterhazy vollständig auf eigene Faust gehandelt habe, so daß dessen Behauptung, er habe sich von Gründen höherer Art leiten lassen, durchaus unverständlich sei. Von angeblichen Verzerrungen Esterhazys zu Sandherr und über eine Verwendung Esterhazys im Spionagedienst habe er niemals etwas gewußt. Auch seien in den Akten des Nachrichtenbüros keinerlei An-

gaben oder Verrechnungen enthalten, die auf eine derartige Verwendung Esterhazys schließen ließen.

Der Untersuchungsrichter Pasques verhöre heute nochmals Drouet und Havert. Beide erklärten, daß sie von ihren früheren Aussagen nichts zurückzunehmen, ihnen auch nichts hinzuzufügen hätten. Infolgedessen wurde die Untersuchung endgültig abgeschlossen. Pasques wird die Akten nunmehr der Staatsanwaltschaft übergeben, damit diese über die weitere Verfolgung der Sache ihre Entscheidung trifft.

Das Zivilpolizeigericht vertrat die Ehrenbeleidigungslage des Obersten Cordier gegen die antisemitische Libre Parole um 14 Tage.

Die Nachricht des Soir, der Generalstabchef der Marine, Admiral de Guerville, habe seine Entlassung genommen. wird für unbegründet erklärt.

Spanien.

Militärische Maßregeln.

Madrid, 12. April. Der Kriegsminister General Polavieja hat die wichtigsten Punkte der Provinzen Valencia und Katalonien mit starken Truppenabteilungen besetzt und die Garnisonen mehrerer Orte verstärkt. Der Kreuzer Benito austert zur Überwachung der Küste bei Las Palmas.

Nußland.

Finnisches.

Helsingfors, 12. April. Ein Schreiben des Kriegsministers teilt mit, daß die Vorlage des Wehrpflichtgesetzes nach dem im Manifest vom 15. Februar für die Reichsgesetzgebung vorgeschriebenen Regeln behandelt werden soll. Das heißt: Das Wehrgesetz wird den Finnen aufgedrängt werden unter Nichtachtung ihres verfassungsmäßigen Einspruches.

Griechenland.

Ministerwahl. — Präsidentenwahl.

Athen, 12. April. Das Kabinett hat nunmehr seine Entlassung gegeben; der König hat beschlossen, Theotokis mit der Bildung eines neuen Kabinetts zu beauftragen.

Theotokis wird sich morgen zu dem Amtige begeben. Wie es heißt, würde er das Portefeuille des Innern und Romanos das Auswärtige übernehmen.

In der Deputiertenkammer wurden bei der Wahl des Präsidenten 225 Stimmen abgegeben; hierzu erhielt Asanatos (Tritoufis) 128 Stimmen, der Regierungskandidat Topalis 28 und der Demokrat Noma 37 Stimmen.

Nordamerika.

Der Friedensvertrag.

New York, 12. April. Präsident Mac Kinley erließ eine Kundgebung, in der der Wortlaut des spanisch-amerikanischen Friedensvertrages und die Thatsache der erfolgten Auswechslung der Friedensurkunden zur Kenntnis gebracht wird.

China.

Verhaftung eines englischen Militärrattaches.

Der Londoner Daily Mail wird aus Hongkong gemeldet, daß der englische Militärrattaché bei der Gefandtschaft in Peking am Sonntag in Macao verhaftet wurde, weil er sich weigerte, beim Vorüberzuge einer Prozession das Haupt zu entblößen. Der englische Konsul erreichte die Freilassung des Attaches.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Chemnitz, 11. April. Die Textilindustriellen von Chemnitz und Umgegend haben einen Arbeitsnachweis nach berühmtem Muster errichtet, bei dem die Arbeiter gar nicht berücksichtigt worden sind. Die Mitglieder des Verbandes der Textilindustriellen sind verpflichtet, ihren Bedarf an Arbeitern durch den Arbeitsnachweis zu decken. Sie dürfen nur solche Arbeiter einstellen, die mit dem Arbeitsnachweisschein des Verbandes versehen sind. Wenn ein Arbeiter Arbeit angenommen und sich nicht zur Arbeit eingefunden hat, so erhält er 14 Tage lang seinen neuen Arbeitsnachweisschein. So wird den Arbeitern die Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit plausibel gemacht.

Eine Lohnreduktion von 5 Pf. vom Doppelmeter wurde den Druckmoquetteuren der Firma Gebr. Görlitz angekündigt. Die Arbeiter wählten eine Kommission von drei Mann, die um Erhaltung der bisherigen Löhne bei der Firma vorstellig werden sollte. Als diese Kommission um eine Versprechung mit dem Chef anfragte, wurde sie nicht vorgelassen. Später gelang es einem Kommissionsmitglied zufällig, den Chef in den Arbeitsräumen zu treffen, um zu erreichen, daß eine Kleinigkeit der Reduktion zurückgenommen wurde. Wöchentlich beträgt diese Lohnreduktion etwa 2 M.

z. Erfurt, 12. April. Der Straßenkrawall vom Mai v. J. beschäftigte heute zum drittenmale das Schwurgericht. Der Maschinistenmeister Julius Geiger machte im Herbst v. J. bei der Polizei die Anzeige, daß der Schlosser Rudolf Köhler bei einer Unterhaltung in der Wohnung des Fabrikarbeiters Johann Großky sich gerichtet, am Abend des 26. Mai einem "Bub" mittels Steinwurfs den Helm vom Kopfe geworfen zu haben. Köhler stand heute wegen Aufruhrs vor dem Schwurgericht. Der Angeklagte bestritt, eine derartige Neuerzung gebracht, noch in irgend einer Weise beim Straßenkrawall sich schuldig an einem Beamten vergangen zu haben. Durch die Beweisaufnahme wurde heute festgestellt, daß Köhler mit den Verletzungszeugen Großky und Geiger arg verfeindet ist, weil er Geiger Chebruch, begangen an der Frau des Großky, zum Vorwurf gemacht. Leichtgängter will von dem sträflichen Verhältnis seiner Frau nichts gewußt haben, bestreitet auch heute noch ganz entschieden die Unreue seiner Frau. Der Bruder des Johann Großky (ein jüngerer Bruder des Johann Großky) verweigert auf die Frage des Verleidigers, ob er auch mit seiner Schwägerin Chebruch getrieben, die Aussage. Von der Ehefrau des Paul Großky wird jedoch bestätigt, daß ihr Mann mit der Schwägerin intimen Verkehr gehabt, allerdings sei dies, seinem eigenen Geständnis gemäß, geschehen, als er noch ledig gewesen. Der Bruder Johann Großky vertheidigte sich in seinen weiteren Aussagen mehrfach in Widersprüche, so daß er vom Staatsanwalt und Gerichtspräsidenten auf die Folgen des Meinungsdringend verwiesen wurde. Der Verleidiger beantragte unter Hinweis auf die Unklarwürdigkeit des einzigen Verletzungszeugen kostlose Freisprechung. Von den Geschworenen wurde die Frage auf

Achtung, Cementarbeiter!

Sonnabend den 15. April abends 8 Uhr
Ausserordentl. General-Versammlung
bei Spieß, Seeburgstraße.

Tagesordnung: 1. Nechenschauspielbericht, 2. Amtstübung des Vereins; hierzu der Verbandsbücher.
Tatigkeit: — Es ist Pflicht, daß ein jeder Kollege erhebt behuts Empfangnahme [4200] D. S.

Allgemeine Kranken- u. Sterbe-Kasse für Arbeiter aller Berufe Deutschlands.

Zahlstelle Kleinzschocher.

Generalversammlung im Rest. Erholung, Kleinzschocher.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht, 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes, 3. Verschiedenes. Hierzu erfolgt Aufnahme neuer Mitglieder. [4191]

Gautzsch.

Bau-, Erd- u. Ziegeleiarbeiter

Sonnabend den 15. April abends halb 9 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Restaurant Gantzsch'sche Spitze in Gautzsch.

Tagesordnung: 1. Schlussbericht vom Verbandsblatt und der Konferenz, Ref.: Joz. Pflugkher. 2. Abrechnung des Vertrauensmannes. 3. Neuwahl des Vertrauensmannes und der Bevollmächtigten. 4. Verschiedenes.

[4190] Der Vertrauensmann.

Achtung, Stuckateure!

Sonntag den 16. April vormittags halb 11 Uhr

Oeffentliche Versammlung

bei Spieß, Seeburgstraße.

Tagesordnung: Endgültige Bezeichnung über unseren Tarif.

Notizen: Da nur dieser wichtige Punkt auf der Tagesordnung steht, ist es Pflicht eines jeden, zu erscheinen. [4210] D. G.

Sängerabteilung des Fortbildungsvereins L.-West. Sitz Kleinzschocher.

Donnerstag den 20. April

Lieder-Abend

im Felsenkeller zu L.-Plagwitz.

Hierauf folgt BALL.

Anfangpunkt 9 Uhr.

Programm 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Es lädt hierzu freudlich ein. [4211] D. S.

Plagwitz. Plagwitz. Geschäft-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich Sonnabend den

15. April in Plagwitz, Merseburger Straße 16, ein

Grünwaren- u. Produktengeschäft

verbunden mit Flaschenbierhandlung, eröffne und wird es mein Be- streben sein, die mich beachtenden Kunden aus bester zu bedienen. [4155]

Um gütige Unterstützung bitten Hochachtungsvoll G. Herling.

Während der Messe Sonntags geöffnet.

Ich kann es! Complete Braut-Ausstattungen auf Abzahlung

von 1.50 pro Woche an

bei nur 20 Mf. Anzahlung

lieferen Ich

2 Bettstellen
2 Matratzen
1 Sofa
1 Schrank
1 Tisch

1 Spiegel
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
1 Küchenstuhl

Möbel- u. Waaren-Creditgeschäft

von [0866]

N. Fuchs

Kurprinzstr. 13, 1. Etg.

vis-à-vis der Markthalle.

Während der Messe Sonntags geöffnet.

Berantwortlicher Redakteur: Otto Pollender in Leipzig. —

Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Konsumverein L.-Eutritzschi u. Umg.

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Sonnabend den 15. April abends 1/29 Uhr

Außerordentliche General-Versammlung

im Saale des Birkenhofes zu Wahren.

Tagesordnung: 1. Statutenänderung. 2. Verschiedenes. [4206]

Nur die Legitimationskarte berechtigt zum Eintritt.

Der Vorstand: H. F. Scheffel, Carl Hermann.

Sonntag den 16. April vormittags 11 Uhr

Erstes Konzert

Leipziger Musiker-Vereinigung

unter Direction des Herrn Gustav Schütze (bisher Mitglied des Winderstein-Orchesters)

im Albertgarten, Anger-Crottendorf.

Programme à 15 Pf. sind zu haben: In der Geschäftsstelle der Leipziger Musiker-Vereinigung, Altebad Hof 12, Albertgarten, beim Bäckerei, Bonfig, Würzener Str., Beyer, Cigarrenhaus, Buelau, Dötsch, Thonberg, Reichenhainer Str., Schröder, Restaurant, Reinhard, Kronprinzstr., Volksschule, Mittelstr. 6, Pantheon, Dresdener Str., Stadt Hannover, Seeburgstr., Röbers Nachfl., Cigarrenhaus, Marktallianzstr., Goseenthal, Dufourstr., Bürgergarten, Brüderstr., Coburger Hof, Windmühlenstr., Stadt Gotha, Fleischergasse, Seger, Hanßhalle, am Markt, Lagerhalter Kurt, Cottbus, Marlenstr., Kloster, Plagwitz, Nonnenstraße, Lagerhalter Orbel, Plagwitz, Weihenfelsener Str., Lagerhalter Reinsdorf, Lindenau, Markt, sowie bei sämtlichen Marktleitgelehrten. [4189]

Arbeiter-Verein Leutzsch.

Freitag den 14. April abends halb 9 Uhr

Grosser öffentl. Lichtbildervortrag

im Saale des Gasthauses Zum schwarzen Jäger.

Thema: 1. „Kometen und Meteore.“

Der Untergang der Erde am 13. November 1899. (80 Lichtbilder.)

2. „Im Fluge um die Welt.“ (75 Lichtbilder.)

Eintritt für Mitglieder des Vereins 10 Pf., für Nichtmitglieder 20 Pf.

Kinder 10 Pf.

Mitglieder und Gäste herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Cirkus Ed. Wulff

Krystallpalast (Alberthalle).

Vom Donnerstag den 13. April abends 8 Uhr Große außerordentl. Vorstellung.

Aufführung der großen Ausstattungs-Pantomime: Die geraubte Braut. In derselben: Das neueste und interessanteste, was auf dem Gebiete der Pferdedressur in einem Cirkus jemals geboten wurde: Die Verfolgung des Entführers und die Befreiung der Braut mit den hierzu eigens dressierten Taucherpferden. Die Scene wird in einen 5 Meter tiefen Wassergraben in der ganzen Länge der Manege umgewandelt und durch eine große Anzahl von Pferden mit ihren Reitern durchschwommen. Außerdem: Aufstreiten sämtlicher neu engagierten Künstler und Spezialitäten. — Morgen Freitag den 14. April abends 8 Uhr Große Vorstellung. In derselben: Die geraubte Braut. Hochachtungsvoll Ed. Wulff, Direktor.

Pantheon. Ballmusik.

Morgen sowie alle Freitage

Ergebnist lädt ein

J. Munkolt.

Blitz-Fahrplan hat mir impoziert . . .

Blitz-Fahrplan ist einfach großartig . . .

Blitz-Fahrplan meinen Glückwunsch . . .

Blitz-Fahrplan das Ei des Columbus . . .

Blitz-Fahrplan nach Verbreitung finden . . .

Blitz-Fahrplan für die Progs ganz famos . . .

Blitz-Fahrplan waren voller Bewunderung . . .

Blitz-Fahrplan zur Orientierung ganz vorgängig . . .

Blitz-Fahrplan sehr zweckmäßig, leicht handlich . . .

Blitz-Fahrplan geradezu verblissende Einfachheit . . .

Blitz-Fahrplan war erstaunt über Ihre originelle Idee . . .

Blitz-Fahrplan gut ab! vor der praktischen Neuerung . . .

Blitz-Fahrplan die praktische Neuerung ist vorgängig . . .

Blitz-Fahrplan Ihr Fahrplan ist einfach: horo concours . . .

Blitz-Fahrplan endlich hört das zielstreubende Suchen auf . . .

Blitz-Fahrplan am Einfachheit dem Ei des Columbus gleichend . . .

Blitz-Fahrplan das Nachschlagen, sonst eine Dual, jetzt ein Vergnügen . . .

Blitz-Fahrplan Auf der Reise fah ich Ihnen außerdienlich praktischen . . .

Erscheint zum ersten Male in Leipzig am 1. Mai 1899.

Preis nur 10 Pf. Wiederverkäufer überall gezeigt! hoher Verdienst!

Walter Möschke (Möschke & Schliephak) Leipzig-R. Straße 8.

Neue sowie gebrauchte Näder von 80 Mf. an. Franz Flemming,

Tannenstr. 1. An Meissontagen von 11 - 6 Uhr geöffnet. [4122]

Nähmaschinen bill. zu verkauf. Mühlstraße 20, 6. I. I.

Achtung, Fahrräder!

Hoch. Herren- u. Damenvögel, deutlich
Fahrbar, 1 Jahr Garantie, verf v. 100
bis 145 Mf. Auch Leitzahlung
Neukönigsfeld, Friederichstr. 13, III. 1.

Beilage zu Nr. 84 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, den 13. April 1899.

Reichstag.

60. Sitzung. Mittwoch, 12. April. 1 Uhr.

Um Bundesrechtlich: von Podbielski.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Novelle zum Postgefech.

durch die unter anderem die Gewichtsgrenze für gewöhnliche Briefe auf 20 Gramm erhöht, das Stadtpostamt allgemein auf 5 Pf. ermächtigt, dagegen das Postregal auf die Förderung geschlossener Briefe innerhalb der Stadtbezirke gegen Entschädigung an die Privatpostanstalten und ihre Angestellten ausgedehnt werden soll. Weiter enthält die Vorlage den neuen Postzeitungstarif.

Staatssekretär von Podbielski:

Der heutige zunächst zur Beratung stehende Entwurf bildet eine Erweiterung des im vorigen Jahre bekanntlich nicht erledigten. Während dort in wesentlichen nur die Erhöhung der Gewichtsgrenze und Tarifermächtigungen für den Nachbarortstypusverkehr vorgesehen war, enthält die neue Vorlage außerdem einen veränderten Postzeitungstarif, Entschädigungen für die Unternehmer und Angestellten der bestehenden Privatpostanstalten.

Eine Änderung des Postzeitungstarifes hat der Reichstag selbst wiederholt verlangt. Um so mehr bedauere ich es, daß der neue Entwurf von der Presse äußerst heftig angegriffen worden ist.

Man hat gemeint, mein Vorgänger hätte einen solchen Entwurf nicht gebracht und stellt es überhaupt so dar, als sei er der ver-

fändige Mann, ich aber der unsinnige. (Heiterkeit.) Die Bezeichnung

der Gebühren nach dem Abonnementspreis hat zu einer Ungerechtigkeit gegen einen Teil der Presse, aber auch zur Benachteiligung der Postkasse geführt.

Als Grundsatz muß bei der Berechnung der Ge-

bühren gelten: jeder zahlt nach den Anforderungen, die er an die Post stellt.

Die Gebühr wird also bemessen unter Berücksichtigung der Fragen: wie oft erscheint die Zeitung und wie schwer ist das Blatt?

Dazu soll eine für alle Blätter gleichmäßige Einschreibes-

gebühr treten. Die Presse sucht in ihrer Bekämpfung des Tarifs

das Publikum mit Schlagworten irre zu führen. Ich möchte da

einzelne Sachen vorlesen. Da wird die Vorlage bezeichnet als

geistige Brunnenverstopfung, Wechselseitig. Die Dresdener Nach-

richten sehen in dem Tarif eine Schwächung der Konkurrenzfähig-

keit des deutschen Volkes, die Berliner Morgenzeitung eine Ver-

stärkung der geistigen Nahrung des Volkes. Die Berliner Zeitung

der Zeitungsverleger schreibt: Der Entwurf ist die entartete Mi-

geburt, die je erzeugt wurde, ein Hohn auf die vielgerühmte deutsche

— will sagen — Berliner Intelligenz, denn am grünen Tisch der

Reichshauptstadt ist ja das elende Geschäft zur Welt gebracht

worden. (Heiterkeit) ... eine Schmach im Hinblick auf Recht und

Gerechtigkeit! Alle Abgeordneten werden aufgefordert, gegen den

Entwurf zu stimmen, damit der sündliche Hassar zum Straucheln

gebracht werde. (Heiterkeit.) So was wird in Deutschland ge-

drückt! Die meisten dieser Blätter behaupten, der neue Tarif be-

günstige einige große politische, auch sozialdemokratische Zeitungen

und schädige kleinere Blätter. In der Kommission werde ich Ihnen

dagegen nachweisen, daß von 5700 deutschen Zeitungen 1885 durch

den Tarif weniger belastet werden, 415 bleiben unverändert und

3718 werden mehr belastet. 2231 von diesen werden jedoch um

höchstens 40 Pf. pro Jahr, d. h. 10 Pf. für das Quartal, ver-

steuert. Gegenüber der Behauptung, daß besonders die sozialde-

mokratische Presse begünstigt werde, (achen bei den Sozialde-

monokraten. Abg. Singer: Die Verteilung ist nicht nötig)

betone ich, daß die Preiserhöhungen aller Partien gleich behandelt

werden. Man hat es so dargestellt, als werde durch den Tarif

lediglich eine Mehreinnahme bezweckt. Gewiß bringt er Mehr-

einnahmen, diesen gegenüber steht aber ein Auffall von rund

fünf Millionen infolge der in der Vorlage enthaltenen Porto-

ermächtigungen.

Die Post ist ferner nicht im Stande, beim Allgemeininteresse zu

dienen, wenn ihr gerade an verkehrtreichen Orten beträchtliche

Einnahmen durch die Privatposten entzogen werden, die sich um

die verkehrsschwachen Orte und die Landbezirke nicht kümmern.

Es ist behauptet worden, die Vorlage mache sich das Prinzip der

Agrarier zu eigen, die großen Industrieorte auszupumpen im Inter-

esse der kleineren Orte. Ich meine, es kann gar keine bessere Er-

ziehung der Vorlage geben als diese Behauptung. Gerade in

dieser ausgleichenden Wirkung liegt der große Vorteil der Staats-

verwaltung im Vergleich zum Privatbetrieb. Sodann werden

48 Millionen deutscher Reichsbürger durch die Privatpost-

anstalten überhaupt nicht bedient. Wenn gesagt wird, die Post

werde durch die Konkurrenz der Privatposten zu Tarifermächtigungen

gebrängt, so ist gerade das umgekehrte der Fall. Die Konkurrenz

dieser Anstalten hindert die Post geradezu, diese Reformen vorzu-

nehmen, weil sie ihr wesentliche Einnahmen entzieht. Wir handeln

also im Interesse der Allgemeinheit, wenn wir durch die Vorlage

den Betrieb solcher Privatpostanstalten unter staatliche Konzession

stellt.

Die Einschränkung der Förderung von Zeitungen durch

Expressboten wird ebenfalls zu einer Schädigung weiterer Kreise

nicht führen. Die Bestimmung des § 1 des alten Reichspostgesetzes,

monach politische Zeitungen innerhalb des zweimilligen Umfanges

ihres Ursprungsortes dem Postzwang nicht unterliegen, bleibt

natürlich bestehen. In der Kommission wird sich Gelegenheit zur

Aussprache über die Einzelheiten bieten. Durch die Bestimmung,

dass in der Person des Expressboten kein Wechsel eintreten dürfe,

sollte vor allem verhindert werden, daß größere Zeitungen einen

eigenen Courrierdienst einrichten und so kleinere Zeitungen kon-

kurrenzunfähig machen und außerdem die Bedeutung des Postregals

dadurch einschränken.

Ich komme nun schließlich auf die Entschädigungsfrage der

Inhaber und Angestellten von Privatposten. Ich muß hier vor

allem nochmals ausdrücklich betonen, daß nach der Überzeugung

der verbündeten Regierungen den Privatpostanstalten ein recht-

licher Anspruch auf Entschädigung nicht verkannt werden kann,

sondern daß es sich durchaus nur um eine Entschädigung aus

Gerechtigkeitsrücksichten handelt. Was die Entschädigung der Inhaber

betrifft, so ist zu beachten, daß es sich hier um junge Betriebe

handelt — ob Anstalten bestehen erst seit 1895. Die Entschädi-

gungen können daher nicht so bemessen werden, daß die Inhaber

später als Pensionäre von den Binsen derselben leben können.

Dasselbe gilt für die Angestellten, die fast durchweg mit ganz kurzer

Lebensfrist engagiert waren. Über die Übernahme eines

Teiles der Angestellten in die Dienste der Reichspost kann ich noch

keine bindende Erklärung abgeben, wir werden jedoch jedenfalls

joviel Personal übernehmen, als irgend angängig erscheint.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es trotz der verschieden-

artigen Wünsche möglich sein wird, eine Einigung über die Vor-

lage zu erzielen und damit die Grundlage zu schaffen für eine zu-

künftige allmähliche Verbilligung des gesamten Tarifwesens. (Bravo!)

Abg. Dr. Marcour (Centre):

Ich erkenne an, daß die Reichspostverwaltung mit dieser Vorlage manches Gute bringt, aber meine Partei hat doch auch eine Anzahl begründeter Bedenken. Wir wollen uns mit dem Zu-

geständnis zufrieden geben, daß die Privatpostanstalten keinen

rechten, aber doch einen moralischen Anspruch auf Entschädigung haben. Wir sind eventuell bereit, der Ausdehnung des Postmonopols zuzustimmen, wenn die Entschädigung so gewährt wird, daß Be-

schwerden nicht mehr erhoben werden können. Ganz besonders be-

denklich ist Artikel 3; wenn man die Privatposten einmal ver-

boten will, so soll es voll und ganz gelingen. Entweder, oder!

Es soll die Konzessionsfrage hier nicht in Betracht kommen, hier

scheint es, als ob nicht der Generalpostmeister, sondern der Finan-

zminister dahinter stecke. Dieser Artikel muss entweder ganz ausac-

merzt oder erheblich umgedeutet werden. Was den Postzeitungstarif betrifft, so erscheint das gänzliche Auflösungsklausur des Abonnementspreises sehr bedenklich. Die Hauptfahne für uns bleibt aber die beabsichtigte Ausschließung der Expressbestellung für Zeitungen. Die Expressbestellung spielt j. B. bei den Wahlen eine ganz hervor-

ragende Rolle. Ich bitte sämtliche Parteien des Hauses, uns in

der Förderung der Beibehaltung der Expressbestellung zu unter-

stützen. Ich bitte Sie, die Vorlage an eine Kommission von 21

Mitgliedern zu verweisen. würden dem neuen System auch dann bestimmen, wenn die Sache für uns teurer werden würde.

Was den Art. 3 anlangt, so schließe ich mich den dazu geäußerten Bedenken des Herrn Kollegen Marcour vollständig an. Der Herr Staatssekretär hat zwar eine Anwendung desselben zu fiskalischen Zwecken für nicht beabsichtigt erklärt, indessen hat er alle Befürchtungen, die sich daran knüpfen, bis jetzt nicht zu entkräften vermocht.

Der Hauptwidersatz aber richtet sich gegen die Bestellung der Expressbestellung für Zeitungen. Die Gefahr liegt da nicht so sehr in der Einschränkung auf den zweimilligen Umkreis, als vielmehr in der Bestimmung, daß der Expressbote nicht mehr als 5 Kilogramm Zeitungen mitnehmen darf. Wenn der Herr Staatssekretär sagt, daß diese Bestimmung innerhalb des zweimilligen Umkreises keine Geltung haben soll (Staatssekretär von Podbielski nicht bejahend) — so, na dann ist aber eine klarere Fassung dieses Paragraphen durchaus notwendig.

Es liegt etwas Tragikomisches darin, daß diese Bestimmung ins Gesetz hineingekommen ist aus den Petitionen der bebrotenen Privatpostanstalten. Ich teile die Bedenken, die Kollege Marcour gegen den § 2 geäußert hat. Wir machen von der Streichung dieses Artikels unsere Zustimmung zu der Vorlage abhängig. Die politische Bedeutung dieses Artikels ist außerordentlich groß, und wenn der Herr Staatssekretär auch nachdrücklich erklärt hat, daß er seine Verwaltung nicht als politische betrachtet, so hat er sicherlich dabei nicht an die Sozialdemokratie gedacht. Der Herr Staatssekretär versteht es ja meistens, bei der Begründung solcher Vorlagen außerordentlich harmlos zu sein (Heiterkeit) und mit den Meinungen des Biedermanns zu sprechen. Hat er aber erst einmal das Gesetz in der Hand, so halten wir es nicht für ausgeschlossen, daß er den Scharfmacherinspirationen und Scharfmacherlist unterliegt, und wir zweifeln, ob seine harmlose Ehrlichkeit anhalten wird. (Heiterkeit.) Der Herr Staatssekretär wird von uns nicht verlangen, daß wir das Meiste selber schreiben, daß uns bedroht. Er kann uns unser Misstrauen nicht verübeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Artikel 3 will das Postmonopol eventuell ausdehnen auf die Förderung von unverschlossenen Briefen, Drucksachen etc. Wir stellen uns grundätzlich so dazu, daß wir das Regel nur unter der Bedingung erweitern, daß die Reichspostverwaltung wenigstens annähernd dieselbe Preisreduktion gewährt, wie sie die Privatpostanstalten haben. Wir wollen hier nicht auf den hundertprozentigen Bereich genau berechnen; aber wenn wir die gewaltige Macht der Reichspostverwaltung noch steigern, dann darf sie sich nicht von der ersten besten Privatpostgesellschaft überflügeln lassen. Die Reichspostverwaltung hat nicht bloß fiskalischen Zwecken zu dienen; sie soll Verkehr und Kultur fördern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Begründung der Vorlage wird in Aussicht gestellt, daß, wenn diese Erweiterung des Postregals gewährt wird, gewisse Erhöhungen in der Förderung der Drucksachen, der Warenproben etc. eintreten sollen. Hier müssen wir daran festhalten, daß diese Tarifermächtigungen durch das Gesetz selbst festgelegt werden. Uns ist in diesem Gesetz zu viel von den Erhöhungen des Reichsanzlers die Rede. Wir haben nicht das Maß von Vertrauen zur Regierung, mit dem die Herren von der Rechten so splendide sind. Ich brauche bloß an das Versprechen des Reichsanzlers in Bezug auf die Aufhebung des Verbündungsvertrages für politische Vereine zu erinnern, um zu zeigen, wie bestreitig unser Misstrauen gegen Regierungsvorversprechen ist. Wir müssen im Gesetz selber die Garantie dafür haben, daß die Oster, die dem Verkehr zugemutet werden, durch Erhöhungen ausgleichen werden, die nicht im Interesse des Reichsanzlers stehen.

Der Artikel 3 will das Postmonopol eventuell ausdehnen auf die Förderung von unverschlossenen Briefen, Drucksachen etc. Wir stellen uns grundätzlich so dazu, daß wir die Förderung einer bestimmten Zeitung neu eingefügt. Der Herr Staatssekretär vergibt eben immer wieder das Moment mit einzustellen, daß durch die Erhöhung des Verkehrs die Einnahmen wachsen. Er spricht stets von den Ausfällen, aber die Wirkung muß doch erst erprobt werden. Später wird er schon einsehen, daß sein pessimismus in Bezug auf die Einnahmen durchaus nicht berechtigt ist. Und dann: Gegenüber der jetzigen finanziellen Lage braucht man mit dem Ausfall überhaupt nicht so penibel zu rechnen. Die Postverwaltung hat ja eine steile Zunahme ihrer Einnahmen und was in diesem Etat in dieser Hinsicht gegenüber dem Vorjahr nicht eingestellt ist, genügt schon völlig, um den ganzen eventuellen Ausfall zu decken. Gegenüber der außerordentlich geistreichen Begründung der Vorlage muß man diese Dinge immer wieder auf das richtige Maß zurückführen, es muß man die Legende zerstören, daß ob durch die Reformen die Postverwaltung sich irgend ein Opfer auferlegen.

Der prinzipiell wichtigste Punkt ist, wie Herr Marcour ja bereits hervorgehoben hat, die Erweiterung des Postregals. Entsprechend unseren prinzipiellen Grundsätzen sind wir nun nicht in der Lage, eine Erweiterung des Postregals grundätzlich abzulehnen. Wir müssen aber unsere Zustimmung abhängig machen von der schlichtlichen Gestalt des Gesetzes, wie er aus der zweiten Lesung hervorgehen wird. Unsere Überzeugung macht uns ja nicht nur nicht zu Gegnern, sondern zu Anhängern des Postmonopols und wenn wir die Befürchtung haben müssten, daß der heutigen Regierung ein Monopol geben nur das bedeutet, ihre politische Gewalt noch viel weiter auszudehnen, und daß dieses Monopol missbraucht werden würde zu Gunsten einer kleinen Minderheit auf Kosten des gesamten Volkes — wie das z. B. bei der Verstaatlichung der Reichsbank der Fall sein würde — dann würden wir gegenüber allen derartigen Verstaatlichungsversuchen die Stellung einnehmen, die unsere Grundsätze uns gebieten. Es muß zugegeben werden, daß, wenn man ein Monopol der Reichspost bei der Förderung von Ort zu Ort anerkennt, nicht

dann können sie ein kleines Geschäft anfangen und sich eine selbstständige Existenz schaffen.

Auf alle diese Fragen, die ich im allgemeinen berührt habe, wird im einzelnen in der Kommission näher einzugehen sein. Hoffnungen oder Versprechungen machen wir nicht. Wird die Vorlage so gestaltet, daß unsere Forderungen erfüllt werden, so werden wir die Gefahren, die in der Ausdehnung des Postregals liegen, nicht scheuen und die Vorlage daran nicht scheitern lassen. Wir werden damit wieder einmal beweisen, daß wir „Melschöpfe sind.“ (Weltweit und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Podbieloff: Auf die vom Abg. Singer bemängelte ratlose Weisung bin ich durch die Kommissionsverhandlungen über das Tabakmonopol gekommen. Ich lege kein großes Gewicht daran. Ich glaube, auch die Verkehrserleichterung wird schließlich eine Verkehrserleichterung zur Folge haben, aber doch erst allmählich, nicht sofort. Die dann entstehenden Wehrmauern können dann aber für allgemeine Ermäßigungen verwendet werden. Das muß doch überhaupt unser Ziel sein. (Abg. Singer: Das ist sind wir auch.) Das kann aber nur schriftweise geschehen. (Beifall.)

Abg. Dr. Hesse (nat.-lib.): Wir sind für die Erweiterung des Postregals unter der Voraussetzung, daß die Privatposten und ihre Angestellten entschädigt werden. Ich bin derselben Ansicht, wie Abg. Singer: daß es im Interesse der Leute liegt, das ganze Geld auf einmal zu bekommen, denn viele werden Kapital zu einem neuen Gewerbe brauchen. Den Zeitungtarife stehen wir sympathisch gegenüber, aber, daß der Abonnementspreis mit in Rechnung gezogen und daß die Poststellung der Expressboten für einen Umkreis von 30 Kilometer erlaubt wird. Ich beantrage die Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Dr. Pacholski (frech. Wp.):

Hält eine besondere Kommission für geeigneter. Mit der Vorlage sind wir nur teilweise einverstanden. Der Hauptpunkt, die Eröffnung der Privatposten, ist uns sehr untypisch. Die Privatposten haben sich den Anforderungen der Großstädte angepaßt; und eine solche Anpassungsfähigkeit besitzt kein Staatsbetrieb. Wir glauben auch nicht recht, daß alle Ermäßigungen, die uns heute in Aussicht gestellt werden, eingehalten werden. Sollte es aber zur Abschaffung der Privatposten, so ist eine gleichmäßige Entschädigung der Bevölkerung wie der Angestellten notwendig. Auch gegen den Postzeitungstarif in der vorgeschlagenen Form sind wir. Man spricht so geringfügig von Monatsabfällen und von dem billigen Postabonnement. Die Monaten sind aber das tägliche Brot der Zeitung. Ob denn die Willigkeit an sich ein Fehler? Gerade durch ihre Willigkeit bringt die Zeitung, die geistige Nahrung, in die tiefsten Schichten des Volkes. Eine Überprüfung des Abonnementspreises ist daher durchaus zu empfehlen. Ein Plus würde die Reichspostverwaltung auch bei diesem Tarif noch herausholzen. Die Auswahl der Woche, in der die Ermittlung des Gewichts der Zeitungen vorgenommen werden soll, kann unmöglich der Post überlassen bleiben. Ein viel einfacherer Weg wäre der, daß man am Schluss des Jahres den ganzen Jahrgang, der bei dem Verleger aufgegeben werden müsste, wichtet. Das Schätzchen der Vorlage wird abhängig sein von dem Entgegenkommen der Regierung.

Staatssekretär v. Podbieloff:

Die Frage des Bevölkerungsbetrags werde in der nächsten Session in Angriff genommen werden; in der Expressfrage sei er zu einem Entgegenkommen bereit.

Abg. Graf v. Bernstorff-Lauenburg (Reichsp.): erklärt sich mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden; einzelne Bedenken gegen den Zeitungstarif müssen noch in der Kommission erörtert werden. Er wünscht, daß die Vorlage bald Geheiz werde, da je mehr die Zeit vorrücke, die Entschädigungsfrage immer schwieriger werde.

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 1 Uhr verlegt.

Schluss 5½ Uhr.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 12. April. Gegen den verantwortlichen Redakteur der Sächsischen Arbeiterzeitung, Genosse Beyer, ist wegen dreier Artikel, die sich mit dem 18. März rcp. dem Verhalten der Polizei zu den Veranstaltungen zur Feier des 18. März beschäftigen, Strafantrag gestellt worden. Unser Genosse ist bereits gerichtlich vernommen worden.

Der polizeilichen Auflösung verfiel Dienstag abend eine im Trianon abgehaltene öffentliche Malerversammlung; dem Referenten, Genosse Hänsel, war ohne jeden ersichtlichen Grund das Wort entzogen worden. Den Beifall der Versammlung fügte der Überwachende wahrscheinlich als eine Demonstration gegen seine Maßnahme auf, er schritt ohne weiteres zur Auflösung der Versammlung.

Burgstädt, 12. April. Der im Jahre 1875 hier geborene Weber Schönsfeld war beschuldigt, daß deutsche Bundesgebiete in der Abfahrt verlassen zu haben, um sich der Wehrpflicht zu entziehen. Der Angeklagte erschien zur Verhandlung vor dem Landgericht Chemnitz persönlich und erbrachte den Nachweis, daß er das amerikanische Bürgerrecht erworben und sich ununterbrochen fünf Jahre lang in den Vereinigten Staaten von Nord-

Kleine Chronik.

Leipzig, 13. April.

Altes Theater. (Der Schlosswagenkontrolleur, Schwanz in drei Akten von Alexander Besson.) Der Schwanz, der gestern zum Entzücken des Meppublicums zum erstenmal in Scène ging, behandelt das alte Thema vom leichtsinnigen Ehegatten, der außerhalb der Ehe Betriebschau sucht; also ein Thema, das in den Schwanzliteratur immer und immer wiederkehrt. Besson hat es neu ausstaffiert, indem er die Einzelheiten der Handlung renovierte, im Namen des heiligen Blöddins möglichst starke neue Effekte herbeizerrte und sich für einen überraschenden Schlüß Sorge trug. Wie haben schon auf der Schwanzbühne erlebt, daß der Chemnitz vorgab, Freimaurer zu sein, um einige Abende außerhalb des Hauses sein Leben freien zu können. Hier wird Georg Godebold angeblich Schlosswagenkontrolleur, als welcher er vier Tage in der Woche nicht zu Hause zu sein braucht. Der Schwanz glückt einen Zeitlang — im Schwanz ist ja vieles möglich — weil es wirklich einen Schlosswagenkontrolleur Namens Godebold gibt. Dann will es aber das Verhängnis, daß der wirkliche Schlosswagenkontrolleur hinter die Schläche des vermeintlichen kommt, er stürzt in sein Haus, um Reuehaft zu forber, und nun sind die für den Schwanz neuer Mode nötigen Verwicklungen gegeben. Der wirkliche Kontrolleur ist ein netter Mensch; er möchte zwar gern die ingenante Frau des Schwindlers verführen; da das aber nicht so leicht ist, füht er den tödlichen Plan, mit ihr ausgiebig zu fettern, um den Ungetreuen eifersüchtig zu machen und in die Arme der liebenden Gattin zurückzuführen. Das gelingt denn schließlich auch nach einer wahren Handlung, die sich nicht erzählen läßt. Nur ist nicht der Schwanz (wie gewöhnlich) nicht der, daß der Schwindler mit der Glorie des gescheiten Herkunfts bestrebt, der Schwierermutter und Frau nachzuhören, sondern als der komplette Dummkopf, und daß die Frau ihn in Gnaden nimmt, da sie zu der Weisheit gekommen ist, daß die Männer doch alle nichts taugen und es infolgedessen fraglich ist, ob sie mit einem anderen mehr Glück haben werde. In die Handlung hinein verstreut sind natürlich eine Reihe von Episoden, Schierermutter und Schwierermutter, die immer das Lob des ersten Mannes ihrer Tochter singen und damit dem guten Georg Godebold den Aufenthalt im Hause verleihen, spülen eine große Rose, namentlich die Schwierermutter, die blutige Gedichte

amerika aufzuhalten hat. Das Gericht erkannte infolge der Beweisaufnahme auf Freisprechung.

Chemnitz, 12. April. Im Herbst finden die Stadtverordnetenwahlen zum erstenmal nach dem neuen beruflischen Wahlgesetz statt. Dieser Tag beschäftigte sich eine zahlreiche Besuchte Versammlung von Vertrauensmännern der Bezirksvereine, des Hausbesitzervereins, der Innungen, der Vereinigung Chemnitzer Lehrer und der politischen Vereine mit diesen Wahlen. Man beschloß, einen „Allgemeinen Bürger-Wahlauftschluß“ zu bilden, bestehend aus je drei Mitgliedern der einzelnen Wahlbezirke, die von den vertretenen Gruppen gewählt werden.

Frankenberg, 12. April. Kläglich mußte ein Arbeiter bei einem hiesigen Gutsbesitzer noch kürzer Dauer das Arbeitsverhältnis wieder aufgeben, weil er den ausgemachten Lohn nicht erhielt. Der Gutsbesitzer sagte zu dem Arbeiter: „Ihr habt ja auch eine Frau, die etwas verdient.“ Selbstverständlich antwortete der betreffende Arbeiter sofort, daß doch der Vater seiner Frau unmöglich auf sein Conto übertragen werden könnte. Doch der Herr Gutsbesitzer erklärte noch weiter: „Ihr Sozialdemokraten könnt nicht genug kriegen. Ich für meinen Teil hätte mir ein Logis in der Stadt für 1000 M. mieten und alle anderen Besitzer sollten es ebenso machen, was würde dann mit euch werden? Ihr müßt besteuert gehen.“ Und da wunderte man sich noch über die Leutenot auf dem Lande.

Gelsenkirchen, 11. April. Am Sonntag fand hier eine stark besuchte Volksversammlung statt. Am Schlusse der Versammlung ereignete sich ein interessantes Intermezzo. Als der Vorsitzende ein Hoch auf die Arbeiterbewegung ausbrachte, erhob sich der überwachende Beamte (Vertreter der Amtshauptmannschaft Annaberg) und rief: „Vst, vst!“ Vermüllt wollte der Beamte mit seinem „vst, vst!“ andeutet, daß kein Hoch auf die Arbeiterbewegung ausgebracht werden dürfe. Es lehrte sich aber weder der Vorsitzende noch die Versammlung an das „vst, vst!“ und kräftig erschallte das Hoch auf die Arbeiterbewegung.

Mitteilungen aus dem Lande. Unaufhörlich ist der Strom böhmischer und italienischer Arbeiter, der herein nach Sachsen fließt. Den Bahnhof Weißbühlz a. B. berührten in diesem Jahre schon 3000 bis 4000 solcher Arbeiter. Dieser Tage fanden sechs Wagen voll böhmischer Arbeiter auf dem oberen Bahnhofe in Plauen an. Sie gingen zum Teil auf die Chemnitz und auf die Leipziger Linie über. — Auf Vorstellung des Vorstandes des Vogtländisch-Erzgebirgischen Industrievereins hatte das Ministerium des Innern erklärt, zu den Einrichtungskosten der Stützpunktschule in Plauen 7000 M. beitragen zu wollen. Auf Antrag der Stadt hat aber das Ministerium beschlossen, diesen Betrag auf 9000 M. zu erhöhen. Außerdem gewährt das Ministerium zu der Unterhaltung der Schule, die jährlich etwa 19000 M. erfordert wird, jährlich 5000 M. Der Stadtgemeinderat in Plauen hat beschlossen, zu den Einrichtungskosten einmalig 3000 M. und für die Unterhaltung bis auf weiteres jährlich gleichfalls 3000 M. zu gewähren. — Gegen 180 böhmische Kommunalsteuererklärenten (aus den Jahren 1894 und 1895) ist in Kallensteine das Schankstättenerverbot verfügt worden. Die Namen der betreffenden Steuererklärenten werden öffentlich in den Restaurants und Gasthäusern ausgehängt. Die böhmischen Restanten haben „fast durchwegs“ Arbeit und Verdienst, auch sind unter ihnen „eine große Anzahl“ junger Leute, die ihrer Steuerpflicht leicht genügen können. Wie sieht es denn aber mit denjenigen, die keine Arbeit und keinen Verdienst haben?

— Ein aus der Provinz Posen in Dresden eingeführtes Bandwirken wurde mit Tritziken durchsetzt gefunden und amtlich beschlagnahmt. Es ist dies der dritte Fall im laufenden Jahre. — Der 15-jährige Gutsbesitzersohn Egon Emil Möckel in Wernesgrün bei Auerbach hat das Gut seines Vaters in Brand gesteckt; es brannten bei heftigem Winde fünf Wohn- und Wirtschaftsgebäude mit reichem Inhalte nieder, auch sechs Wagen, die Ackergerätschaften und landwirtschaftlichen Maschinen wurden verbraucht. Der jugendliche Brandstifter wurde verhaftet.

Aus der Partei.

Parteilitteratur. Ende nächster Woche erscheint im Verlag der Leipziger Volkszeitung eine Broschüre: Sozialreform oder Revolution? Mit einem Anhang: Miliz und Militarismus. Von Dr. Rosa Luxemburg. Die Broschüre enthält die beiden zuerst in der Leipziger Volkszeitung erschienenen Artikelseiten Sozialreform oder Revolution, und die kritische Auseinandersetzung mit Usgrim-Schippel über die Milizfrage. Bei der Wichtigkeit, die die behandelten Fragen gerade jetzt im Parteileben haben, hieß es die Verlogshandlung für angezeigt, die Auffäße zusammenhängend in bequemer Sonderausgabe leicht zugänglich zu machen. Die Broschüre wird ungefähr 4 Bogen umfassen und 30 Pf. kosten.

versetzt. Dann ein Weinreisender, der sich ein Mädchen engagiert hat, das mit nerüschen Kopfbewegungen die Männer anlockt und schreit, wenn sie den scheinbar erwünschten Fuß erhält; dann tritt der Weinreisende Raoul de Saint Medard mit der Mine des bestleibten Chemnitz auf, schreit, daß seine Ehre mit Blut rein gewaschen werden müsse, glebt sich aber aufzuladen, wenn der unvorstige Küster ein größeres Quantum Wein bestellt. Eine hervorragende Rolle spielt auch ein Phonograph, dessen geheimnisvolle Stimme erst die Schwiegermutter, dann aber den Schwiererjohann schrekt. Tolles Zeug genug, um einen Abend anspruchlose Geister zu belustigen, Gelegenheit genug, um eine Reihe fauler und eindeutiger Witze loszulassen und allerhand unglaubliche Situationen zu ermöglichen.

Das Publikum war denn auch sehr vergnügt und amüsierte sich wie im Circus über Clowns. Schade nur, daß es dieses Amüsium im Theater sand, wo es keine Stätte haben sollte.

Gespielt wurde im allgemeinen recht flott. Herr Hänseler bemühte sich, die Dummheiten des leichtsinnigen Chemnitz möglichst wirkungsvoll abzuhängeln, und das Publikum war ihm dafür dankbar. Hr. Uste verkörperte die böse Schwierermutter in einer Weise, die Junggesellen vor Dummheiten warnen könnte. Herr Huß zeichnete sich vor den anderen durch scharf charakterisierende Darstellung eines alten Stünders aus und Frau Frank hatte als Lucienne Godebold eine ihrem Talent entsprechende Rolle.

Hoffentlich verschwindet der Schwanz mit der Wesse. gm.

— **Theaternachrichten.** Im Neuen Theater wird am Freitag das Lustspiel: Das fünfte Rad aufgeführt. Im Alten Theater wird die Operette: Die Geliebte wiederholt. Im Alten Theater wird der Schwanz: Der Schlosswagen-Kontrolleur gegeben.

Für den Sonntag ist das Repertoire wie folgt entworfen: Im Neuen Theater geht Richard Wagners: Lohengrin in Scène; im Alten Theater wird der Schwanz: Der Schlosswagen-Kontrolleur wiederholt, und im Carolathéater wird die Operette: Die Kleidermaus gegeben.

Magdeburg, 12. April. Wegen Beleidigung der Mitglieder der Magdeburger Staatsanwaltschaft sowie der Mitglieder sämtlicher Strafgerichtshöfe und der Polizeibehörde in Magdeburg stand heute der Redakteur der Volksstimme, Genosse Pistorius, vor dem Landgericht. Die Beleidigung wurde erblitten in einem Urteil, der im Anschluß an die Aufhebung eines Strafbeschlusses einige Bemerkungen über Magdeburgische Gerichts- und Polizeiverhältnisse enthielt. Das Urteil lautete auf Freisprechung. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende: „Der Angeklagte möge aus diesem Urteil sowie aus der Reihe der früheren Freisprechungen erkennen, daß preußische Richter, unbeeinflußt von ihren persönlichen Ansichten, Gerechtigkeit auszuüben pflegen.“

Genosse Pistorius hat heute auf vier Monate das Gefängnis in Gommern bezogen. Die Strafe ist ihm wegen seiner Kritik des Magdeburger Schieferlasses vom hiesigen Landgericht abbilligt worden. Als Nachfolger Pistorius' ist der Genosse Wilhelm Haupt in die Redaktion der Volksstimme eingetreten. — Die Volksstimme teilt bei dieser Gelegenheit mit, daß dem Genossen Müller in Gommern die Trauerkunde vom Tode seines Vaters wurde. Er hat nicht nach seiner Heimat Wiesbaden eilen können, um dem Vater den letzten Gruß in die Gruft nachzurufen, da ein Urlaubsgesuch nicht rechtzeitig hätte beschieden werden können. Fraglich wäre es auch gewesen, ob dem Gesuch Folge gegeben worden wäre.

Soziale Rundschau.

Aus dem Lager der Scharfmacher. Der Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung versendete an seine Mitglieder folgendes vom 28. März datiertes Schreiben:

Laut soeben eingetroffener Mitteilung der Baugewerken-Arbeitung in Gotha ist dort am 20. ds. Ms. ein Streit der Zimmerleute und Bauschreiner ausgebrochen.

Hierzu bezieht sich das unterzeichnete Sekretariat im Augenblick Kenntnis zu geben. Es wird hierbei die Erwartung ausgesprochen, eins von Gotha durchende Schreiner und Zimmerleute hier nicht einzustellen. Für die Herren Unternehmern liegt ein Vergleichsversuch der Streitenden im Verbands-Sekretariat, Herzog Wilhelm-Straße 7/8, täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags zur Einsichtnahme auf. Ergebnis Sekretariat des Verbandes der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung. Habersbrunner.

So betreiben die Scharfmacher den „Schuh der Arbeitersuchenden“.

Serling (Bergen), 12. April. Dreitausend Grubenarbeiter sind in den Aufstand getreten und verlangen eine 15 prozentige Lohnerhöhung. Man befürchtet, daß der Aufstand sich auf den ganzen Elbtäler Grubenbezirk ausdehnen wird.

Arolz, 12. April. Infolge des Einsturzes eines Schornsteines und einer Mauer bei einem Gebäudeabbruch am Markt wurde ein Maurer getötet und zwei Arbeiter schwer verletzt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 13. April.

Arbeiter Deutschlands!

Im Herzen des Hungerlandes, in Reichenbach (Schlesien) ist etwas Unerhörtes geschehen. 1500 Arbeiter (Weber) sind ausgesperrt worden, weil in der Fabrik von Woyl u. Nassau die Arbeiter sich nicht gefallen ließen, daß einige ihrer Kollegen vom Fabrikbesitzer Woyl thörlig angegriffen wurden. Arbeiter, ist das nicht schrecklich?

Die Weber aus dem Eulengebiet, die schon von jeher die Hungerpeitsche haben schmecken müssen, sollen sich nun auch noch durch hässliche Misshandlungen gefallen lassen. Das können wir doch nicht länger mehr mit ansehen. Lange genug hat die hiesige Arbeiterschaft sich unterdrücken lassen, aber nun wurde es doch zu toll. Sie protestierte gegen eine solche Behandlung. Und was war das Resultat dieses Protestes? Herr Woyl gab sofort seinen sämtlichen Arbeitern, die ihn herumstanden, die Entlassung. Alle Fabrikanten hoffen, diese Menschen durch Hunger unterwerfen zu können. Das wollen und müssen wir aber abwenden. Deshalb wenden wir uns an Euch, Ihr organisierten Arbeiter in Deutschland, mit der Bitte, uns beizustehen. Wir wollen dafür sorgen, daß in Schlesien zur Hungerpeitsche nicht auch noch die Knute kommt. Das können wir auch, wenn wir die größte Not abwenden können. Die Arbeiterschaft steht fest und hält treu zusammen.

Diese armen Leute stehen nun zum größten Teil ohne jeden Pfennig Geld da. Die Fabrikanten hoffen, diese Menschen durch Hunger unterwerfen zu können. Das wollen und müssen wir aber abwenden. Deshalb wenden wir uns an Euch, Ihr organisierten Arbeiter in Deutschland, mit der Bitte, uns beizustehen. Wir wollen dafür sorgen, daß in Schlesien zur Hungerpeitsche nicht auch noch die Knute kommt. Das können wir auch, wenn wir die größte Not abwenden können. Die Arbeiterschaft steht fest und hält treu zusammen.

Alle Sendungen sind zu richten an Richard Müller in Reichenbach-Niederstadt (Schlesien), Uferstraße 46.

Achtung, Schuhmacher! In Hamburg stehen die Schuhmacher im Streit. Die Zunft bemüht sich, Arbeitskräfte von auswärtigen heranzulocken. Darauf Vorsicht! Der Zugang nach Hamburg ist zu vermeiden.

Der Vorwärts registriert den Beschluß der Leipziger Parteiengenossen, sich nicht an den Landtagswahlen zu beteiligen, und beweist — ausführlicheres im Aussicht stellend — vorläufig dazu:

Wir müssen aber schon heute unser lebhaftestes Gebauern darüber aussprechen, daß die Leipziger Parteiengenossen sich durch ihren Beschluß in schwerer Weise gegen die elementaren Regeln der Partei-Gesellschaft und damit gegen das Wohl der Partei vergangen hat. Wir müssen den Vorwärts bemerken, daß er besser thöre, die Berliner, die sich doch bekanntlich auch nicht an den Landtagswahlen beteiligen und ihre Stellung nach den Landtagswahlen auch noch ausdrücklich aufrecht erhalten haben, Mores zu lehren. Dass die Leipziger Genossen von ihrem bisherigen Standpunkte nicht abgehen würden, hätte der Vorwärts vorhersehen können.

Vom Palmengarten. Sonnabend den 29. April mittags 12 Uhr wird der Leipziger Palmengarten dem Publikum seine Pforten öffnen, nachdem sich die eigentliche Eröffnungsfeier vor mittags 11 Uhr abgespielt haben wird. Welch allgemeines Interesse dem für unsere Stadt bedeutsamen Unternehmen entgegengebracht wird, beweist die stattliche Zahl der bereits eingegangenen Anmeldungen für Familien- und Einzel-Dauerkarten. Der Preis dieser Karten (20 M. für Familien und 10 M. für einzelne Personen) muß als ein sehr mäßiger bezeichnet werden, da sie nicht allein zum beliebigen Besuch der Anlagen, einschließlich des Palmenhauses, sondern auch ohne weiter

sowie der sonstigen der Unterhaltung des Publikums dienenden Veranstaltungen, als Beichspringbrunnen, elektrisch beleuchteter Wasserfall u. dergleichen. Für den Monat Mai sind fällige Konzerte in Aussicht genommen. Der Preis für den einmaligen Besuch wird, wie beim Frankfurter Palmengarten, 1 Mk. für Erwachsene und 50 Pf. für Kinder unter 14 Jahren betragen.

Die Mittelstandsräte vom Schlag des Schuhverbandes für Kürmer und Kramknecken hatten bekanntlich an Rat und Stadtverordnete eine Eingabe gerichtet, worin verlangt wurde, daß für die städtischen Beamten und Lehrer die wirtschaftliche Freiheit noch mehr als bisher beschränkt werde. Den Beamten und Lehrern sollte jede Beteiligung an Konsumvereinen und sonstigen wirtschaftlichen Vereinigungen bei Strafe der Entlassung verboten werden, ferner sollte kein Beamter oder Lehrer eine Agentur oder Warenvermittlung übernehmen und schließlich sollten keinerlei Werbungsangebote in den städtischen Büros und Expeditionen erfolgen.

Bei den Stadtverordneten ist die Eingabe, die nach langem Zaudern der Stadt. Pöschel zur Feinigkeit machte, noch nicht zur Besprechung gekommen. Der Rat hat sich aber bereits mit der ihm zugegangenen Eingabe beschäftigt und den Herren Kramern die nachstehende, nicht missverständlichste Antwort ertheilt:

Antwortlich Ihrer am 14. März hier eingegangenen Anfrage teilen wir Ihnen mit, daß Ihr Antrag um deswillen von vornherein unbegründet erscheint, weil das beantragte Verbot seit Jahren erlassen ist und demgemäß zu irgend welcher Beschwerde Grund nicht vorliegt. Was Antrag A anlangt, so verweisen wir auf § 9 unseres Ortsstatuts, die Rechtsverhältnisse der Gemeinde-Unterbeamten und städtischen Angestellten betreffend, nach welchen kein Beamter ohne vorgängige Genehmigung der Dienstbehörde ein Nebenamt oder eine Nebenbeschäftigung, mit welcher eine Remuneration verbunden ist, übernehmen oder ein Gewerbe betreiben darf. Derartige Gefahr im Genehmigung liegen nicht vor, so daß auch hier kein Beschwerdegrund vorhanden ist. Was dagegen Ihren Antrag B anlangt, so sind wir nicht in der Lage, die Freiheit der Beamten in ihrer Entschließung in der beantragten Weise zu beschränken, da es, soweit es sich um die gegenwärtig angestellten Beamten handelt, uns an jedem Rechtsgrunde hierzu fehlt, und es auch für die erst zulässig anzustellenden einer Änderung des gedachten Ortsstatuts bedürfen würde, zu der wir uns aber nicht versetzen können.

Wie das konservative Vaterland vor einigen Tagen anzeigt, werden sich die kleubürgerlichen Mittelstandsräte für diese Abschaffung dadurch rütteln, daß sie im Stadtverordnetenkollegium gegen die Gehaltsergänzung der Polizeischultheere stimmen wollen, obwohl diese Regulierung wenigstens zum Teil durch das am 1. Januar 1900 in Kraft tretende Lehrerbeschaffungsgebot unabdinglich notwendig geworden ist. Für die Lehrer ist es unter diesen Umständen gut, daß sie nicht auf die Gnade dieser Handelsbeschlüsse angewiesen sind.

Während der Ostermesse findet in der dauernden Gewerbeausstellung zu Leipzig die Vorführung der dargestellten Maschinen verschiedener Gattung statt. Sie sind sehr zahlreich vertreten, aber auch die gewerblich-technische und die hauswirtschaftliche Abteilung der Ausstellung sind sehr reichlich und mannigfach besetzt, so daß Kaufinteressenten, die nach Leipzig kommen, dort eine reiche Auswahl von Erzeugnissen aller Art vorfinden.

Von der Jagd. In der Schönzeit befanden sich im Monat April das männliche Rot- und Damwild, die Wildschweine, Rehbock und Rehälber sowie weibliches Rehwild und auch der Dach, Hörner durch Rehbock, Auer, Witz- und Hasenhenne, Wachteln, Hasenvögel und Hasen nicht geschossen werden.

Neuer Taschenfahrrplan "Blix". Dem Mangel an einem übersichtlichen praktischen Lokal-Fahrrplan in bequemem Taschenformat für Leipzig wird durch den am 1. Mai im Verlage der Firma Walter Möschke, L.-Neustadt, Crisiusstraße 8, zum erstenmal erscheinende "Blix"-Fahrrplan abgeholfen und sei darum schon jetzt bei der Wahl eines Kursbuches für die kommende Kreisfahrt darauf aufmerksam gemacht. Er wird außer der näheren Umgebung Leipzigs genau alle wichtigen Anschlüsse sowie auch die Pläne beider elektrischen Straßenbahnen enthalten, ermöglicht durch seine höchst originelle Einrichtung schnellste Orientierung und erlaubt das lästige Zeitraubende Nachschlagen vollständig. Er dient daher auch in Leipzig, wie in fast allen übrigen Großstädten, wo er bereits erschien, als äußerst willkommene Verkehrserleichterung begrüßt werden, zumal der billige Preis von 10 Pfennigen die Anschaffung jedermann erleichtert.

Großneuer. In einem Keller des Hauses Schützenstraße 3 gerieten gestern nachmittag zwei Männer mit Del und Bech auf noch unerhörte Weise in Brand. Die Feuerwehr löschte in kurzer Zeit das Feuer.

Tödlicher Ausgang. Der Arbeiter, der in der vergangenen Woche in der Karl-Heine-Straße zu L.-Neustadt von den von seinem Wagen herabstürzenden Blechen schwer verletzt worden war und in das Krankenhaus St. Jakob gebracht werden mußte, ist daselbst seinen Verlebungen erlegen.

Ganner. In einem Geschäft der Bapertenischen Straße erschienen gestern zwei unbekannte Männer, verlangten eine Kleinigkeit und bezahlten mit einem Zehnmarschtak. Während die Verkäuferin darauf das Kleingeld herausgab, verlangten die beiden noch etwas und während die Verkäuferin das Gewünschte holte, nahmen sie das inzwischen herausgegebene Geld sowie das Zehnmarschtak und verschwanden. Der eine der beiden Beträger ist 25 Jahre alt, mittelgroß, hat volles rundes Gesicht und blondes, kurzgeschnittenes Haar.

Inhaftiert wurde ein 20jähriges Dienstmädchen aus L.-Neustadt wegen Hohlzerr. Im Beisein des Mädchens stand man Waren im Wert von mehreren hundert Mark vor, die aus einem größeren Geschäft in L.-Neustadt herriethen und durch Diebstahl erlangt sind. Das Mädchen behauptet, die Waren zugestellt erhalten zu haben. — Verhaftet wurde weiter in Hamburg auf Ersuchen der hiesigen Kriminalpolizei ein Mensch, der als Commiss Christoffel aufgetreten und verschiedene Verkrüppelungen und Diebstähle verübt hat. So hat derselbe u. a. einem jungen Leipziger in Montone sämliche Sachen und auch die Legitimationspapiere gestohlen, nachdem er ihm vorher Geld abgeschwindelt hatte. Später hat er von einer anderen Stadt aus dem Vater des betreffenden im Namen des Sohnes um Geld geschrieben und solches auch erhalten.

Beutisch. Ein hiesiger Räuber entledigte sich am Dienstag früh durch Vergiftung mit Schwefelsäure, nachdem er schon vorige Woche einen Versuch gemacht. Nach mehrstündigem qualvollen Leiden erlöste der Tod den Gedauerten.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetenraale.

(Sitzung vom 12. April 1899.)

Eine Eingabe von Einwohnern der Windmühlenstraße wünscht die Holzplasterung dieser Straße. Stadt. Ense macht die Eingabe zur Feinigkeit.

In Sachen der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sind zwei Eingaben eingelassen, die eine vom Deutschen Nationalen.

Dienstgehilfenverband, die andere vom Verein selbständiger Leipziger Kaufleute. Stadt. Ense schlägt beide Eingaben zur Feinigkeit.

Ein schmälerer Antrag aus der Mitte des Kollegiums ersucht den Rat um Auskunft, welche Schritte er zu Ihnen gedenke gegen die Verweigerung von Anschlüssen an das Kabelfeld des Leipziger Elektricitätswerkes.

Stadt. Ryssel bemerkte zur Begründung des Antrages nur kurz, daß die in der Tagesspreche veröffentlichten Klagen bisher einen Erfolg nicht gehabt, weshalb der Rat zu der Ansage Gelegenheit Stellung nehmen müsse. Im öffentlichen Interesse liege es vielleicht, noch anderen Gesellschaften Konzessionen zu erteilen.

Stadtrat Wangemann erklärte, daß die nicht erwartete hohe Zahl der Anschlüsse es im Augenblick unmöglich mache, weitere Anmeldungen zu prüfen. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks könne neue Stromabgabe wieder eintreten. Den Stadtverordneten werde übrigens in Nähe eine Vorlage über einen neuen Tarif für die Abgabe der Elektricität zugehen, wobei alles weitere besprochen werden könne.

Mit dieser erschöpfenden Auskunft ließen sich die Antragsteller vorläufig abspielen. Wie sie befriedigte, zeigte die einstimmige Annahme des obigen Antrages.

Von den Verhandlungsgegenständen der Tagessordnung ist die Ratsvorlage zu erwähnen, wonach der Bauplatz 9 auf dem Pleißenhügelpark für 425 Mk. pro Quadratmeter verlost werden soll, während der höchst gleichwertige Bauplatz 5 zu weit höherem Preise verlost werden ist. Die Anschlüsse beantragen die Abholzung der Platzvorlage.

Stadtrat Wangemann erklärt, der Preis für den Bauplatz 9 sei so niedrig bemessen worden, weil er neben dem zu errichtenden neuen Rathaus liege, die Kosten also jahrelang durch die Anfahrt der Baumaterialien belastigt werden würden.

Die Antwort des Kollegiums war die einstimmige Ablehnung der Platzvorlage.

Den wichtigsten Gegenstand bildete die Platzvorlage über die Neuregulierung der Gehälter der Ratsmitglieder. Bekanntlich hatte die Mehrheit des Kollegiums vor einigen Wochen beschlossen, zwar den Gehalt des Oberbürgermeisters auf 25000 Mk. festzulegen; den Salz von 18000 Mk. für den Bürgermeister aber abzuschneiden und nur 15000 Mk. zu bewilligen, was gegenüber der jetzigen Höhe noch immer eine Aufsteigerung von 3000 Mk. bedeutet. Gegen den letzteren Beschluß remonstriert nun der Rat und beantragt aus neuer 18000 Mk. Gehalt für den Bürgermeister. Im Anschluß daran verlangt nun aber auch gleich der Rat eine Aufsteigerung für die übrigen befassten Ratsmitglieder. (Wir haben hierüber schon ausführlicher berichtet.) Im vorangegangenen Finanz- und Verfassungsausschuß hat die Platzvorlage keine Gegenliebe gefunden. Das Ergebnis der Ausschusssitzungen waren die folgenden Anträge:

1. Die Vorlage, soweit sie sich
2. auf die Festsetzung des Gehaltes des Bürgermeisters,
3. auf die Gehalte des Polizeidirektors und der befassten Stadträte,
4. auf den Nachtrag zum Pensionsregulativ bezieht,

abzulehnen.

II. Die in der Platzvorlage unter A a b o d und B verzeichneten Anträge aufrecht zu erhalten, jedoch, was den Beschluß unter B anlangt, den vom Rate vorgeschlagenen Modifikationen, wonach

1. der Berechnung der Pension dasjenige Diensteinkommen zu Grunde gelegt werden soll, das der Betreffende vor seiner Pensionierung ein Jahr hindurch viertlich bezogen hat,
2. die Pensionsgründen des Lebens- und Dienstalters mit Ablauf der sechsjährigen Wahlperiode wieder in Wirklichkeit treten,

beizutreten.

III. Den Rat zu ersuchen:

1. Den diesseitigen Beschlüssen, die als einheitliches Ganze zu gelten haben, beizutreten,
2. dem Kollegium mit möglichster Beschleunigung den Entwurf eines Nachtrages zum Ortsstatut und zum Pensionsregulativ, der sich auf die oben unter II bezeichneten Punkte bezieht, zur Beratung und Mitwollziehung zu legen.

Die Anträge werden in einem ausführlichen Referat vom Stadt. Rechtsanwalt Dr. Juncz begründet. Seine Ausführungen gesellen in folgenden Sätzen: Die Anschlüsse lehnen es ab, den Gehalt des Bürgermeisters noch weiter zu erhöhen; einer Neuregelung der Ratsgehälter unter Zugrundelegung des Alterszulagensystems wird sein prinzipielles Bedenken entgegengesetzt, doch wird die Erhöhung der Aufgangsgehälter unter allen Umständen abgelehnt, auch soll in den Höchstgehältern nicht so weit gegangen werden, als es die gegenwärtige Platzvorlage will. Als dringend ist nur der Nachtrag zum Ortsstatut, soweit er sich mit den Stellen des Oberbürgermeisters und Bürgermeisters befaßt, anzustellen und deshalb vorläufig nur insofern fertig zu stellen, alles übergeht aber elusiv auszuscheiden.

Oberbürgermeister Dr. Georgi erklärt, daß die Platzvorlage bezüglich der befassten Ratsmitglieder nur auf Beifürwortung der befassten Ratsmitglieder mit der gegenwärtigen Platzvorlage verknüpft werden seien. Da die Anschlüsse sich nicht im Prinzip gegen die Alterszulagen für die Ratsmitglieder erklären, habe er die Hoffnung, daß später noch eine Einigung über die Höhe der Gehaltshöhe herbeizuführen sein werde. Daß die weiter beantragte Gehaltserhöhung für den Bürgermeister abgelehnt worden sei, müsse er um so mehr bedauern, als dem Bürgermeister die Leitung der ganzen städtischen Angelegenheiten in der Zeit obliege, wo der Oberbürgermeister das ihm verfassungsgemäß gebührende Mandat in der Ersten sächsischen Kammer ausübe.

Polizeidirektor Bretschneider tritt für die Annahme derjenigen Teile der Platzvorlage ein, die sich auf die Pensionsverhältnisse der Ratsmitglieder beziehen.

Stadt. Dr. Pausa will die Platzvorlage in Bezug auf den Gehalt des Bürgermeisters bewilligen. Sollte sich hierfür keine Mehrheit finden, so stelle er den Vermittlungsauftrag, dem Bürgermeister 18000 Mk. zu bewilligen, wovon 14000 Mk. pensionsfähiger Gehalt und 2000 Mk. Dienstanzwand sein sollen. Bei der Abstimmung wurden die Anschlussanträge einstimmig angenommen. Der Antrag Pausa wurde mit 30 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Gerichtssaal.

Bandgericht.

Leipzig, 12. April.

Bildung verpflichtet zum anständigen Vertragen. Am 1. November hatte der Student der Medizin Friedrich Wilhelm

Hugo Volke aus Großschönau im Saalkreis mit einem Fremde eine vierkreis unternommen, die am anderen Morgen beim Schluß im Café Bauer endete. Sie waren so ziemlich die letzten Gäste. Das europäische Gleichgewicht scheint nicht mehr bestanden zu haben und Volke kam mit dem Zahlkellner in Dissonenzen. Diese segten sich bis auf die Straße fort. Volke stellte sich zwischen Slonge und Spiegel Scheibe und rebete auf den Zahlkellner ein, der im Café hinter dem zur Rüstung herabgelassenen Fenster stand. Der Schuhmann V. ging vorüber, schenkte aber dem Streele als etwas altherigem keine Aufmerksamkeit, da bei Straßenverkehr bereits ein reger und das Geräusch schon bedeutend war. Als er aber ein Stück fortgegangen war, wurde mehrmals "Schuhmann" gerufen und als V. zurückging, verlangte Volke, daß der Schuhmann den Namen des Kellners feststelle. Der Schuhmann lehnte es ab, sich in eine Privatsphäre einzumischen, gab aber Volke den guten Rat, bei dem Besitzer des Cafés den Namen zu erfragen und vorläufig seine heimischen Penaten anzutreffen. Da kam er aber bei Volke schlecht an. Er begleitete den Schuhmann und meinte: Sie wollen Schuhmann sein, und Ihnen nicht, was ich sage? Sie lassen sich wohl vom Kellner im Café bezahlen und trauen sich nicht einzutreten? Sie sind ein ehrbarer Mensch, Sie sind überhaupt kein Mensch! Sie Schafkopf. Sie Leck . . . ! Das war dem Schuhmann auch von einem Angestellten zu viel und verlangte, da Volke sich als Student bezeichnete, dessen Karte. Er erholt weder diese, noch erfuhr er den Namen weshalb er zur Arrestur schritt. Nun lehnte sich Volke nad, hinten über, stemmte sich mit den Füßen ein und mußte von dem Schuhmann geschoben werden. Erst als Arbeiter Wien machten, dem Schuhmann Hilfe zu leisten, ging Volke mit Wohlstand dieses Auftretens.

Stadtrat Wangemann erklärte, daß die nicht erwartete hohe Zahl der Anschlüsse es im Augenblick unmöglich mache, weitere Anmeldungen zu prüfen. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks könne neue Stromabgabe wieder eintreten. Den Stadtverordneten werde übrigens in Nähe eine Vorlage über einen neuen Tarif für die Abgabe der Elektricität zugehen, wobei alles weitere besprochen werden kann.

Stadtrat Wangemann erklärte, daß die nicht erwartete hohe Zahl der Anschlüsse es im Augenblick unmöglich mache, weitere Anmeldungen zu prüfen. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks könne neue Stromabgabe wieder eintreten. Den Stadtverordneten werde übrigens in Nähe eine Vorlage über einen neuen Tarif für die Abgabe der Elektricität zugehen, wobei alles weitere besprochen werden kann.

Stadtrat Wangemann erklärte, daß die nicht erwartete hohe Zahl der Anschlüsse es im Augenblick unmöglich mache, weitere Anmeldungen zu prüfen. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks könne neue Stromabgabe wieder eintreten. Den Stadtverordneten werde übrigens in Nähe eine Vorlage über einen neuen Tarif für die Abgabe der Elektricität zugehen, wobei alles weitere besprochen werden kann.

Stadtrat Wangemann erklärte, daß die nicht erwartete hohe Zahl der Anschlüsse es im Augenblick unmöglich mache, weitere Anmeldungen zu prüfen. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks könne neue Stromabgabe wieder eintreten. Den Stadtverordneten werde übrigens in Nähe eine Vorlage über einen neuen Tarif für die Abgabe der Elektricität zugehen, wobei alles weitere besprochen werden kann.

Stadtrat Wangemann erklärte, daß die nicht erwartete hohe Zahl der Anschlüsse es im Augenblick unmöglich mache, weitere Anmeldungen zu prüfen. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks könne neue Stromabgabe wieder eintreten. Den Stadtverordneten werde übrigens in Nähe eine Vorlage über einen neuen Tarif für die Abgabe der Elektricität zugehen, wobei alles weitere besprochen werden kann.

Stadtrat Wangemann erklärte, daß die nicht erwartete hohe Zahl der Anschlüsse es im Augenblick unmöglich mache, weitere Anmeldungen zu prüfen. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks könne neue Stromabgabe wieder eintreten. Den Stadtverordneten werde übrigens in Nähe eine Vorlage über einen neuen Tarif für die Abgabe der Elektricität zugehen, wobei alles weitere besprochen werden kann.

Stadtrat Wangemann erklärte, daß die nicht erwartete hohe Zahl der Anschlüsse es im Augenblick unmöglich mache, weitere Anmeldungen zu prüfen. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks könne neue Stromabgabe wieder eintreten. Den Stadtverordneten werde übrigens in Nähe eine Vorlage über einen neuen Tarif für die Abgabe der Elektricität zugehen, wobei alles weitere besprochen werden kann.

Stadtrat Wangemann erklärte, daß die nicht erwartete hohe Zahl der Anschlüsse es im Augenblick unmöglich mache, weitere Anmeldungen zu prüfen. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks könne neue Stromabgabe wieder eintreten. Den Stadtverordneten werde übrigens in Nähe eine Vorlage über einen neuen Tarif für die Abgabe der Elektricität zugehen, wobei alles weitere besprochen werden kann.

Stadtrat Wangemann erklärte, daß die nicht erwartete hohe Zahl der Anschlüsse es im Augenblick unmöglich mache, weitere Anmeldungen zu prüfen. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks könne neue Stromabgabe wieder eintreten. Den Stadtverordneten werde übrigens in Nähe eine Vorlage über einen neuen Tarif für die Abgabe der Elektricität zugehen, wobei alles weitere besprochen werden kann.

Stadtrat Wangemann erklärte, daß die nicht erwartete hohe Zahl der Anschlüsse es im Augenblick unmöglich mache, weitere Anmeldungen zu prüfen. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks könne neue Stromabgabe wieder eintreten. Den Stadtverordneten werde übrigens in Nähe eine Vorlage über einen neuen Tarif für die Abgabe der Elektricität zugehen, wobei alles weitere besprochen werden kann.

Stadtrat Wangemann erklärte, daß die nicht erwartete hohe Zahl der Anschlüsse es im Augenblick unmöglich mache, weitere Anmeldungen zu prüfen. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks könne neue Stromabgabe wieder eintreten. Den Stadtverordneten werde übrigens in Nähe eine Vorlage über einen neuen Tarif für die Abgabe der Elektricität zugehen, wobei alles weitere besprochen werden kann.

Stadtrat Wangemann erklärte, daß die nicht erwartete hohe Zahl der Anschlüsse es im Augenblick unmöglich mache, weitere Anmeldungen zu prüfen. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks könne neue Stromabgabe wieder eintreten. Den Stadtverordneten werde übrigens in Nähe eine Vorlage über einen neuen Tarif für die Abgabe der Elektricität zugehen, wobei alles weitere besprochen werden kann.

Stadtrat Wangemann erklärte, daß die nicht erwartete hohe Zahl der Anschlüsse es im Augenblick unmöglich mache, weitere Anmeldungen zu prüfen. Nach Fertigstellung des Erweiterungsbauwerks könne neue Stromabgabe wieder eintreten. Den Stadtverordneten werde übrigens in Nähe eine Vorlage über einen neuen Tar

etwaigen Plüscherungen vorzubereiten. Als mindestens Mörder ist der israelitische Schuhmacher Hilsner verhaftet worden.

In einer neuen Judenhege mit „Ritualmord“ schwimmen in Sicht?

Offenbar handelt es sich um einen Lustmord.

Sabotage. Sabotage, 12. April. Eine alte englische Bombe, die bei Waggerarbeiten in der heutigen Nacht zu Tage gesöndert wurde, explodierte an Bord des Waggerschiffes; ein Mann wurde getötet und mehrere verwundet.

Spiritusexplosion.

Aßermann (Wessobrunn), 12. April. In der hiesigen fiktiven Spiritusrektifikation erfolgte heute eine wahrscheinlich durch einen in Spiritus gefallenen Feuerfach verursachte Explosion. Sechs Personen wurden getötet, neun verletzt. Die Gebäude wurden zerstört.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Schon in die sechste Woche hinein streiken nunmehr die Leipziger Schneidergesellen und zwar weil ihnen die Zwangs-Zunung ihre sehr niedrigen dreißigsten Darlehen aufzufordern will. Unter den vielen Firmen, die das im Willen hatten, befindet sich auch die sehr auf Arbeitsmarktsetzung reichende Firma R. Otto, Nürnberger Straße. Gerade diese Firma, die das ganze vergangene Jahr hindurch den von einem Frühjahr erklämpften Tarif vollständig bezahlte, ohne Schaden dabei zu leiden, versuchte es zu erzwingen, dass die genannten Forderungen einzuführen, und zwar bereits am 2. März. Dass sich dies die dort beschäftigten Arbeiter nicht bieten lassen konnten, verriet sich am Rande. War man nun der Meinung, dass Herr Otto, wie im vorigen Jahre, mit sich reden lassen würde, so hatte man sich stark verrechnet, denn Herr Otto wies seine Leute schroff zurück und rief: Hinans, hinans! Und so stehen denn auch diese Leute noch bis dato im Ausstande. Dabei sucht aber Herr Otto nur täglich Arbeiter; nach welchem Tarif, verschweigt er wohlweislich. Die streikenden Arbeiter der Firma R. Otto.

Telegraphische Depeschen.

Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

London, 13. April. Das Reutersche Bureau berichtet aus Apia unter dem 5. April: Bei der Ankunft des englischen Kriegsschiffes Tauranga erlebten der britische und der amerikanische Konsul eine Proklamation, um Mataafa eine leichte Gelegenheit zur Herstellung der Ruhe zu geben. Die französischen Geistlichen versuchten gleichfalls ihren Einfluss, aber alle Anstrengungen schlügen fehl. Die Aufständischen führen in der Plünderung freuden Eigentums fort, zerstören Brücken und verbarricadierten die Wege. Nach dem Gefecht am 29. März wurden mehrere Aufständische von den Anhängern Malietoa getötet und verwundet, worauf diese die Köpfe der Gefallenen im Triumph durch Apia trugen. Kapitän Stuart, der Befehlshaber der Tauranga, war hierüber außer sich, ging zu Malietoa und drohte, jedermann niederschießen, den er hierbei betreffe. Malietoa riss eine diesbezügliche Proklamation. Der deutsche Konsul schrieb an Admiral Raub und fragte, ob zwei große christliche Nationen einen solch barbarischen Branch billigten, der gegen die christlichen Geiste und gegen den Beschluss des obersten Gerichtshofes verstöse. Der Admiral handte eine späte Erwidерung: er sei völlig damit einverstanden, dass der Bruch unmenschlich sei, müsse aber darauf hinweisen, dass

wenn der deutsche Konsul den Beschluss des obersten Gerichtshofes vom Januar aufrecht erhalten hätte, kein Blutvergießen

nötwendig gewesen wäre, und dass, obwohl es ein alter Brauch auf Samoa sei, er doch erst vor zehn Jahren der Welt bekannt geworden sei, als die Köpfe einiger ehrlicher deutscher Soldaten von dem barbarischen Häuptling Mataafa abgeschnitten worden seien, den der Vertreter des großen Christlichen Deutschlands jetzt unterstützen.

Die Samoaner erzählten, Mataafa sei bei drei Gelegenheiten entflohen gewesen, sich zu ergeben, aber der deutsche Konsul habe ihm geraten, es nicht zu thun; jetzt erkläre Mataafa, er werde sich nie ergeben, sondern bis zum Tode kämpfen.

Versammlungskalender.

Donnerstag: Verein der Photo-Chemographen. Abends 9/0 Uhr. T.-D.: Einührung eines Arbeitsschmiedes.

Samstag: Spieß, Gedächtnis. Abends 9/0 Uhr. T.-D.: 1. Vortrag. 2. Entgegnung der Deutschen und Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Wahl eines Delegierten zum Generalschatzmeister. 4. Die Zustände bei Schmidmeier's. 5. Vorträge über den Streit der Kollegen in Dresden. 6. Anträge zur Generalversammlung evnt. Statuten. 7. Gewerkschaftliches.

Socialdemokratische Verein v. Ostdeut. Trete Wohren. Abends 9/0 Uhr.

Wohren: Die Macht im Staate zu übernehmen? Rekretent: Genosse Stilcken aus Altenburg. 3. Tagungsgegenstehen. 4. Angelasaten.

Metallarbeiter. Metallarbeiterhalle, Lindenau, Karl-Heine-Straße. Abends 9/0 Uhr.

T.-D.: 1. Unternehmenskritik und die Auskündigung der Kollegen in der Eisenwerke von Jäger u. Co., 2. Kleinglocken. 2. Diskussion. Rekretent: Genosse Greif.

Gesetz: Fabrikarbeiter und Arbeitervielen. Gesellschaftshalle, Lindenau.

Abends 9/0 Uhr. T.-D.: 1. Das Koalitionskreis der Arbeiter. 2. St. Genosse Bernhard Müller, Werkzeugfabrik. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Leugs. Arbeiterverein. Gasthaus zum Schwarzen Bär. Abends 9/0 Uhr.

Nachbildung. Abends 9/0 Uhr.

Küchenzelot der städtischen Speisenanstalten.

Freitag: Speisenanstalt I (Johannisplatz): Wilschreis mit Zucker und Zimt.

Speisenanstalt II (Molenbergsgasse): Grünkohl u. Kartoffeln m. Böletselsch.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag den 13. April: 98. Abend. Vorstellung (4. Serie, braun).

Mignon.

Der in 3 Akten mit Bezeichnung des Goetheschen Romans "Wilhelm Meisters Lehrjahre" von Michel Carré und Julius Barbier. Deutsch von Ferdinand Gumbert. Musik von Ambroise Thomas.

Regie: Ober-Akademiker Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Pörs.

Wilhelm Melster Dr. Merzel

Lothario Dr. Groß

Mignon Dr. Osborne

Philine * *

Laertes Dr. Greber

Baron Friedrich Dr. Marlon

Jarno Dr. Neldel

Antonio Dr. Henning

Blumen und Blumeninnen. Gauntler. Schauspieler. Bürger.

Bauern und Bauerninnen.

Der 1. und 2. Akt spielen in Deutschland, der 3. in Italien.

„Philine“ — Fil. Luise Ottermann aus Dresden, als Gast.

Vorlommender Tanz, arrangiert vom Ballmeister J. Gohlisch.

Zu 1. Akt: Blumen-Tanz, ausgeführt von Fil. Siebig, Fil. Grubny, Fil. Brandtner, Frau. Strigel und den Damen des Corps de Ballet.

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt.

Einsatz 9/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9/10 Uhr. Opern-Preise.

Billet-Vorlauf an der Tagesschule von 10 (Sonn- u. Festtag von 10/1) bis 3 Uhr.

Spielplan: Freitag: Das fünfte Mal. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Tristan u. Isolde. Anfang 6 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag den 13. April.

Der Schlafwagen-Kontrolleur.

Schwank in 3 Akten von Alexandre Bisson. In deutscher Uebersetzung von Benno Jacobson.

Regie: Ober-Akademiker Adler.

Georg Gobestroid Dr. Hünfelder

Lucienne, seine Frau Dr. Krause

Montpèpin Dr. Busse

Aurore, seine Frau Dr. Stephan

Alfred Gobestroid Dr. Greiner

Naout de Saint Medard Dr. Hirsch

Angèle Dr. Hilt

Labordave Dr. Tiele

Charbonneau Dr. Welzel

Madame Charbonneau Dr. Ebba Lantz

Rosine, ihre Tochter Dr. Hänseler

Julle, Dienstmädchen Dr. Steiner

Françoise, Königin Dr. Schröder

Die Handlung spielt in den beiden ersten Akten in Auteuille bei Paris im Hause der Montpèpins, im 3. Akt in Nangis, im Hause der Familie Charbonneau.

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt.

Einsatz 9/7 Uhr. Anfang 9/8 Uhr. Ende gegen 9/10 Uhr. Gew. Preise.

Billet-Vorlauf a. d. Tagesschule v. 9/10 (Sonn- u. Festtag 9/11) bis 3 Uhr.

Spielplan: Freitag: Die Gelsa. Anfang 9/8 Uhr. — Sonnabend: Der Schlafwagen-Kontrolleur. Anfang 9/8 Uhr.

Auskunfts im Rechtsfragen.

R. 304. Alt-Schleswig. Es kommt in diesem Falle auf eins heraus, ob Sie selbst klagen oder sich nach den vorzunehmenden Abzug verklagen lassen. Der angekündigte Stundentohn erscheint uns jedoch nicht zu hoch, da ein Aufschlag für den Unternehmer üblich ist.

R. 305. Wenn Sie mündig sind, können Sie die Aushändigung verlangen und dann die Hypothek verkaufen. Dann hat aber auch die Aenderung im Hypothekenbuch zu erfolgen.

Zeher. Sie können den Schildner verklagen.

R. 306. Braustraße. Ja.

R. 307. Es genügt der Geburtschein und der Melbeschein.

Die Einwilligung der Mutter ist nicht erforderlich.

R. 308. 1. Bei monatlicher Mietzahlung gilt monatliche Rücksicht, gleichgültig, wie hoch der Mietzins ist. 2. Ja. 3. Da Sie ihm den Mietzins bereits angeboten haben, mag er ihn sich nun auch holen.

R. 309. Sellerhausen. Dazu sind fünf Zeugen erforderlich. Das Bürgerliche Gesetzbuch schreibt für die außergerichtliche Errichtung des leichten Willens aber noch andere Bedingungen vor, die wir nicht alle im Briefblatt abdrucken können. Sie können die Paragraphen in unserer Sprechstunde nachlesen.

R. 310. Plagwitz. Gewiss; doch muss es sich um eine in Sachsen erlaubte Lotterie gehandelt haben.

R. 311. Ja; wenn die behördliche Anweisung dazu erfolgt ist, ist er dazu verpflichtet.

R. 312. 1. Ja; die Frage des Alters spielt hierbei gar keine Rolle, da Ihr Vater unterhaltspflichtig ist, wenn er dazu im Stande ist. 2. Gewiss. 3. Das hiesige Armenamt hat dem in B. die Kosten für das Krankenhaus erlegen müssen und verlangt nun die verlegten Beträge in voller Höhe zurück. 4. Der Vohn kann zum Teil in solchem Falle gespändet werden.

Briefkasten der Redaktion.

Berichtigung. In unserer gestrigen Notiz über die Cirkuspanomone muss es in der drittletzten Zeile Gettier statt Geschier heißen.

W. M. Unser Verlegerstatter wird sich mit Ihnen in Berührung setzen.

Züchtige Ladierer

nicht über vierzig Jahre alt, finden in größerer Zahl dauernd lohnenden Verdienst.

[416]

Aktion-Gesellschaft für Fabrikation von Eisenbahn-Material zu Görlitz.

Holzern-Washausstr. 23. I. Berufstätige, suchst zu verändern. Stütze, Leipziger Str. 5.

Mehrere züchtige Poliererinnen

finden dauernde, lohnende Beschäftigung.

Thurner & Co.

Rittermöbelsabrik

Arbeits-Frauen sofort gesucht.

Rathauswarenfabri

F. A. Sieglitz & Co.

R.-Plagwitz, Nonnenstr. 7.

Eine ordentl. Frau als Wirthschafterin gesucht. Gundorfer Straße 29, II. links.

Recht. Frau zu 2 Kindern u. leicht. Arbeit gesucht.

Zionberg, Södertälzer Straße 39, Hof 1.

Züchtige Waschfrau gesucht.

Kaufmännischer Steinweg 13, Hof links, II. r.

Dörentl. Schulmädchen

suchen zu arbeiten. Arbeit gesucht.

Wäscherei, Welschstr. 27, II. r.

Wäscherei, Welschstr. 27, II. r.